

Schweizerische Volkspartei (SVP)



Jahresbericht

2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I. Erfolgsbilanz	4
1. Das Jahr 2016 im Rückblick	4
3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion.....	42
4. Vernehmlassungsantworten der SVP	43
5. Positionspapiere der SVP	45
6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen.....	46
7. Internet	47
II. PARTEIORGANE	48
1. Delegiertenversammlungen	48
2. Parteivorstand	49
3. Parteileitung	52
4. Parteileitungsausschuss.....	53
5. Generalsekretariat.....	54
6. Fraktion der Bundesversammlung.....	55
III. Eidgenössische Volksabstimmungen 2016	58
IV. Die SVP in den Kantonsparlamenten	60
V. Die SVP-Kantonalsektionen Online.....	61

Vorwort

Nachdem ich durch den Zentralvorstand am 22. April 2016 in Langenthal als neuer Generalsekretär der SVP Schweiz bestätigt wurde, hatte ich die Ehre und Freude, per 1. Juli von Martin Baltisser die Verantwortung für diese Aufgabe zu übernehmen. An dieser Stelle möchte ich ihm noch einmal herzlich danken für die Übergabe, für seinen langjährigen Einsatz im Dienste unserer Partei, unserer Werte und unseres freien Landes. Ich wünsche ihm für seine Zukunft alles Gute.

Das Jahr 2016 war einerseits geprägt von wichtigen eidgenössischen Vorlagen und andererseits auch wegweisenden Abstimmungen, sowie kantonalen Wahlen. Die Durchsetzungsinitiative wurde am 28. Februar vom Volk abgelehnt. Dies wird die SVP aber nicht daran hindern, auf einer scharfen Umsetzung des Ausschaffungsartikels und der konsequenten Ausschaffung von kriminellen Ausländern zu bestehen. Am 5. Juni wurde das neue Asylgesetz vom Volk angenommen. Auch in diesem Bereich erwartet die SVP angesichts der unendlichen Armutseinwanderung vom Bundesrat, dass er geltendes Recht konsequent umsetzt, Rückschaffungen entschlossen durchführt und damit verhindert, dass die Sozialsysteme unserer Gemeinden mit einer wachsenden Zahl von nicht integrierbaren, illegalen Einwanderern überflutet werden. Am 12. August reichte die SVP ihre Initiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ ein. Damit hat das Schweizer Volk die Chance, unsere bewährte Bundesverfassung wieder als oberste Rechtsquelle einzusetzen und die rechtliche Selbstbestimmung des Souveräns zu erhalten. Im Oktober ergriff die SVP das Referendum gegen das Energiegesetz, welches mittlerweile zustande gekommen ist und so diese utopische und teure, von oben herab verordnete Energiewende schon bald dem Volk unterbreiten wird. In der Dezembersession kam es zu einem einmaligen Ereignis in der Geschichte der Eidgenossenschaft. Eine Mehrheit von Bundesrat und Parlament weigerte sich offen, die von Volk und Ständen angenommene Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen und damit die Einwanderung in unser Land wieder selber zu kontrollieren. Weiter hat der Bundesrat seine Absicht bekräftigt, unser Land über ein Rahmenabkommen auf eine Art und Weise an die schwankende EU anzubinden, die wir als freie Nation nie akzeptieren können.

Damit hat sich im vergangenen Jahr einmal mehr gezeigt: Die SVP ist und bleibt für viele Schweizerinnen und Schweizer auch in den kommenden Jahren die einzige Hoffnung im Kampf für den Erhalt unserer Freiheit, unserer Unabhängigkeit, unserer direkten Demokratie und unseres Wohlstandes. Dessen müssen wir alle uns jederzeit bewusst bleiben – der Auftrag ist klar!



Gabriel Lüchinger
Generalsekretär

I. ERFOLGSBILANZ

1. Das Jahr 2016 im Rückblick

JANUAR

8. und 9. Januar: Die Parteikader der SVP Schweiz versammeln sich zu ihrer traditionellen Arbeitstagung in Horn (TG)

Die erste Veranstaltung im Jahr, die „Bad Horn“-Tagung 2016 widmet sich der durch verschiedene Entwicklungen und Ereignisse der vergangenen Monate und Jahre veränderten Sicherheitslage. Es kann der bekannte deutsche Reporter und Buchautor Henryk M. Broder für ein Grundsatzreferat zur geopolitischen Einordnung der Migrationsströme nach Europa gewonnen werden. Ebenfalls gibt Markus Melzl, Kolumnist der Basler Zeitung und ehemaliger Kriminalkommissar sowie Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, Einblick in die Entwicklung der Kriminalität und die damit zusammenhängenden Gefahren in der Schweiz. Bundesrat Ueli Maurer gibt eine Einschätzung der Bedrohungslage der Schweiz ab. Nationalrat Gregor Rutz legt die Eckpunkte und Bedeutung der Durchsetzungsinitiative dar.

Überraschung am Ende der „Bad Horn“-Tagung:

Toni Brunner orientiert zum Abschluss der jährlichen Kadertagung in Horn die anwesenden Mandats- und Funktionsträger der SVP Schweiz, dass er das Parteipräsidium auf Ende der ordentlichen Amtszeit am 23. April 2016 niederlegen wird. Die Parteileitung schlägt den zuständigen Organen Nationalrat Albert Röstli zur Wahl als neuer Parteipräsident vor. Eine Arbeitsgruppe der Parteileitung wird der Delegiertenversammlung zudem einen Vorschlag für die Zusammensetzung der Parteileitung in der kommenden Amtszeit unterbreiten.



Buchautor Henryk M. Broder bei seinem Referat

Einreichung Asylgesetz-Referendum: Nein zu Gratis-Anwälten und Enteignungen mit anschliessender Pressekonferenz

**NEIN zu
GRATIS-ANWÄLTEN
für ALLE
ASYLBEWERBER!**



Die SVP reicht am 14. Januar 65'376 gültige Unterschriften für das Referendum gegen das revidierte Asylgesetz ein. Keine Frage: Echte, an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge bekommen in der Schweiz Hilfe. Illegale Migranten, die auf der Suche nach einem besseren Leben kommen, sind zurückzuweisen. Das ist unsere Asyltradition. Die Schweiz darf nicht noch attraktiver werden durch Einführung eines bedingungslosen Gratisanwalts für alle Asylbewerber. Inakzeptabel ist zudem die neu eingeführte Kompetenz des Bundes, für den Bau von Asylzentren Enteignungen vorzunehmen.

Das sind die Folgen der verfehlten Asylgesetzrevision:

1. Alle sogenannten Asylsuchenden erhalten bedingungslos einen Gratisanwalt! Sie sind damit bessergestellt als jeder Schweizer Bürger. Dies widerspricht dem Gleichheitsgebot der Schweizer Bundesverfassung, führt zu unzähligen Rekursen und zu höheren Kosten im Asylwesen.
2. Zum Bau von neuen Asylzentren kann der Bund Land und Gebäude von Gemeinden und Privatpersonen enteignen. Damit werden die Eigentumsrechte der Bürger und die Autonomie der Kantone und Gemeinden mit Füßen getreten.
3. Mit der Revision können noch mehr Leute hierbleiben, ungeachtet, ob sie an Leib und Leben bedroht sind oder nicht, denn der Vollzug der Rückführung von abgewiesenen Asylbewerbern wird nicht verbessert. Damit steigen auch die Kosten. Hier muss der Bund endlich handeln. Dazu genügt aber das bestehende Gesetz!
4. Keine Verbesserung der Missbrauchsbekämpfung. Die vorgeschlagene Revision bringt bei der Missbrauchsbekämpfung nichts, sondern führt zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung der Schweiz als Zielland für illegale Einwanderer, Wirtschafts- und Sozialmigranten. Denn wer will dann nicht in die Schweiz kommen, wenn es

hier für jede medizinische und zahnärztliche Behandlung, Sozialhilfe, Gratis-Sprachkurse und Gratisanwälte auf Kosten der Steuerzahler gibt.

Delegiertenversammlung vom 23. Januar 2016 in Wil (SG) **„Endlich Sicherheit schaffen - Ja zur Durchsetzungs-Initiative!“**

Die Delegierten der SVP Schweiz fassen die Parolen zu den zwei eidgenössischen Vorlagen, welche Ende Februar 2016 vors Volk kommen.

Durchsetzungsinitiative: Die Delegierten beschliessen einstimmig die Ja-Parole zur Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer. Nationalrat Gregor Rutz unterstreicht das Leid der Opfer und die grosse Ausländerkriminalität in der Schweiz. Ebenfalls weist er auf die grosse präventive Wirkung der konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer hin. Heute sind 73% aller Gefängnisinsassen Ausländer.

Die Familie ist und bleibt das Fundament unserer Gesellschaft. Mit der Volksinitiative „gegen die Heiratsstrafe“ soll die steuerliche Ungleichbehandlung von verheirateten Paaren gegenüber Konkubinatspaaren endlich auch bei den direkten Bundessteuern aufgehoben werden. Dies ist bei den Kantonssteuern schon lange vollzogen. Aber auch bei den Sozialversicherungen werden die Verheirateten nach wie vor diskriminiert. Die Mehrheit der verheirateten Paare bekommt eine sogenannte AHV-Maximalrente, die heute tiefer ausfällt als jene von unverheirateten Paaren in der gleichen Einkommenssituation. Dies gilt es zu ändern.

Die Delegierten sagen mit 334 zu 25 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, JA zur CVP-Initiative.



Delegiertenversammlung in der Stadthalle von Wil (SG)

Medienkonferenz zur Durchsetzungsinitiative vom 29. Januar:

„Wer kriminelle Ausländer endlich zwingend ausschaffen will, sagt JA“

Die SVP erläutert am 29. Januar mit den Nationalräten Adrian Amstutz, Gregor Rutz, Barbara Steinemann und Regierungsrat Oskar Freysinger in Bern anlässlich einer Medienkonferenz die Gründe, welche für ein überzeugtes JA zur Durchsetzungs-Initiative sprechen. Nur mit der Durchsetzungsinitiative ist garantiert, dass schwer kriminelle Ausländer und notorische Wiederholungstäter nach Verbüßung ihrer Strafe die Schweiz zu verlassen haben und in ihre Heimat zurückkehren müssen. Das schafft mehr Sicherheit für alle und führt zu massiven Kosteneinsparungen, weil Wiederholungstaten unterbleiben.

Wer den seit 2010 geltenden Verfassungsauftrag zur zwingenden Ausschaffung krimineller Ausländer endlich durchsetzen und die lasche Gangart gegenüber kriminellen Ausländern korrigieren will, stimmt am 28. Februar überzeugt JA zur Volksinitiative „Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)“. Die SVP steht auf der Seite der Opfer und nicht der Täter.



FEBRUAR

16. SVP-Jasscup vom 20. Februar

Am diesjährigen SVP-Jasscup in der Kreisschule Seedorf (UR) nehmen wiederum über 350 Jasser aus der ganzen Schweiz teil. Sie fordern SVP-Präsident Toni Brunner und andere National- und Ständeräte der SVP beim Jassen heraus.



Gesellige Stimmung im schön dekorierten Saal beim 16. SVP-Jasscup in Seedorf (UR)



Eidgenössische Abstimmung vom 28. Februar

Eidg. Volksinitiative „Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)“

Die SVP bedauert die Ablehnung der Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer. Die von den Gegnern versprochene „pfefferscharfe“ Umsetzung des Ausschaffungsartikels in der Bundesverfassung muss jetzt den Realitätstest bestehen. Gemäss den Aussagen der Bundesverwaltung und der Gegner der Durchsetzungsinitiative können nun mit der Gesetzgebung des Parlaments – welche um-

gehend in Kraft zu setzen ist – über 3'800 ausländische Kriminelle pro Jahr ausgewiesen werden. Die SVP fordert die Gegner von SP-Ständerat Jositsch bis zu FDP-Ständerat Müller auch auf, dafür zu sorgen, dass die Täterschutzklausel, wie im Abstimmungskampf hundertfach versprochen wurde, bei Tötungsdelikten, Vergewaltigungen, weiteren schweren Sexualverbrechen, bei Raub, bei Menschenhandel und schweren Drogendelikten nicht zur Anwendung kommt. Dazu sollen die Gegner zu einem entsprechenden Bundesbeschluss Hand bieten, der diesen offensichtlichen Mangel der Umsetzungsgesetzgebung korrigiert. Diese Sicherheit hat die Schweiz verdient.

Gotthard-Sanierung

Die SVP zeigt sich erfreut über die Annahme der Vorlage zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels, die den Bau einer zweiten Gotthardröhre zu Sanierungszwecken vorsieht. Damit kann künftig die Sicherheit durch richtungsgetrennte Tunnelröhren am Gotthard massiv erhöht werden. Ebenfalls hat die Stimmbevölkerung ein klares Zeichen für die weitere Anbindung des Tessins, die Stärkung des Tourismus und der regionalen Wirtschaft gesetzt. Das JA ist auch als Zusage und Auftrag zu gut ausgebauten Strassenverkehrsinfrastrukturen zu werten.

CVP-Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe

Die SVP setzt sich schon seit Jahren für die Abschaffung der Heiratsstrafe ein. Die knappe Ablehnung der entsprechenden Volksinitiative durch Volk und Stände ist gleichzeitig ein Auftrag an Bundesbern - wie vom Bundesrat bereits versprochen - die verheirateten Paare den Konkubinatspaaren auch bei den direkten Bundessteuern endlich gleichzustellen.

Keine Chance für die JUSO-Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln»

Die SVP ist erfreut über die hohe Ablehnung der schädlichen JUSO-Initiative. Damit wurde einem weiteren Ausbau der Bürokratie und einem unsinnigen Staatseingriff in unternehmerische Tätigkeiten durch Volk und Stände eine klare Absage erteilt.

28. Februar: Wahlen in den Kantonen Uri, St. Gallen, Thurgau, Bern und Nidwalden

Kanton Uri

Im Kanton Uri finden Regierungs- und Landratswahlen statt. Bei den Landratswahlen kann die SVP ihre 14 Sitze halten. Bei den Regierungsratswahlen schafft leider kein SVP-Kandidat die Wahl, es sind nach dem 1. Wahlgang noch zwei Sitze zu vergeben. Am 10. April findet der 2. Wahlgang statt, bei dem die SVP mit Petra Simmen antritt. Leider wird sie auch im zweiten Wahlgang die Wahl in den Regierungsrat nicht schaffen.

Kanton St. Gallen

Im Kanton St. Gallen kann die SVP im Kantonsrat 5 Sitze gut machen. Bei den Regierungsratswahlen kann Stefan Kölliker seinen Sitz komfortabel halten. Parteipräsident und Regierungsratskandidat Herbert Huser jedoch steht an letzter Stelle mit 49'583 Stimmen. Er verliert ebenfalls seinen Kantonsratssitz und legt seine Kandidatur sowie das Parteipräsidium mit sofortiger Wirkung nieder. An seiner Stelle wird

für den zweiten Wahlgang Esther Friedli ins Rennen geschickt. Leider wird auch Esther Friedli beim zweiten Wahlgang chancenlos bleiben.

Kanton Thurgau

Im Kanton Thurgau finden Regierungsratswahlen statt. Die SVP-Kandidaten werden komfortabel wiedergewählt.

Kanton Bern

In Bern werden zwei ehemalige SP-Regierungsratssitze neu besetzt. Im ersten Durchgang schafft es die SP einen der beiden Sitze zu verteidigen. Der zweite Sitz wird im zweiten Wahlgang vergeben. Die SVP wird es im zweiten Wahlgang mit Pierre-Alain Schnegg schaffen, den verbleibenden jurassischen Sitz zu erobern und der Berner Regierungsrat erhält endlich wieder eine bürgerliche Mehrheit.

Kanton Nidwalden

Im Kanton Nidwalden fanden Ersatzwahlen für den Regierungsrat statt. Leider scheitert der Angriff auf den FDP-Sitz, um die SVP in den Regierungsrat zu bringen. Es wird auf eine Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichtet.

MÄRZ



Frühlingsession 2016 (29. Februar - 18. März)

Zum Auftakt der ersten Sessionswoche wird Alice Glauser (SVP/VD) vereidigt. Sie folgt auf Guy Parmelin, den das Parlament im Dezember in den Bundesrat gewählt hatte.

Der Nationalrat will längere Ladenöffnungszeiten. Er hat am Montag ein Gesetz angenommen, das längere Öffnungszeiten in rund der Hälfte der Kantone zur Folge hätte. Nun ist wieder der Ständerat am Zug. Nach dem Nationalrat stimmt auch der Ständerat einer Motion zu, die verlangt, dass Volk und Stände auf jeden Fall über Staatsverträge mit verfassungsmässigem Charakter abstimmen können. Das Parlament will so die bereits heute geltende Regelung explizit in der Verfassung verankern.

Firmen und Behörden sollen künftig mit neuen Formen der elektronischen Signatur arbeiten können. Nach dem Nationalrat heisst auch der Ständerat eine entsprechende Gesetzesrevision gut. Zudem stimmen beide Räte auch einer Motion von SVP-Nationalrat Hans Egloff zu, wonach Bodenbesitzer einsehen dürfen, wer im elektronischen Grundbuch Anfragen zu ihren Grundstücken tätigt.

Der Bundesrat wird beauftragt das Beitritts-gesuch der Schweiz bei der EU aus dem Jahr 1992 zurückziehen, was auf eine Motion von SVP-Nationalrat Lukas Reimann zurückzuführen ist.

In der zweiten Sessionswoche wird unter anderem entschieden, dass wer sich für mehrere Jahre vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hat und dann einen Wiedereinstieg ins Berufsleben anstrebt, auch künftig keinen Anspruch auf Bildungsmaßnahmen gemäss dem Arbeitslosenversicherungsgesetz hat. Der Nationalrat lehnt eine entsprechende Motion der SP ab. Ebenfalls klar abgelehnt wird ein von den Grünen gefordertes Verbot besonders umwelt- und gesundheitsgefährdender Pestizide. Laut Bundesrat und Nationalrat genügen die bestehenden Gesetze. Der Ständerat gibt grünes Licht für die Sanierung der Duro-Flotte. Als Zweitrat stimmte er der Erneuerung der geländegängigen Lastwagen klar zu. Damit können 558 Millionen Franken in die gut 20-jährigen Fahrzeuge investiert werden. Unter anderem werden Überrollbügel, neue Sicherheitsgurten und ein neuer Motor inklusive Partikelfilter eingebaut und können damit nach der Erneuerung bis 2040 eingesetzt werden. Die Duro-Erneuerung ist Teil des insgesamt 874 Millionen Franken schweren zusätzlichen Rüstungsprogramms 2015.

Im Weiteren stimmt der Ständerat auch der Weiterentwicklung der Armee zu. Die Armee soll damit in den nächsten vier Jahren insgesamt 20 Milliarden Franken bekommen - die Armeereform ist damit unter Dach und Fach. Auch bei den Beständen kommt eine Einigung zustande. Die Truppe wird auf einen Sollbestand von 100'000 Armeeangehörigen verkleinert, wobei der Effektivbestand 140'000 beträgt. Diese sollen gut ausgebildet, voll ausgerüstet und rasch mobilisierbar sein. Ziel ist es, innerhalb von zehn Tagen 35'000 Mann einsetzen zu können.

Der Nationalrat stimmte Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Oman und Liechtenstein, sowie Steuerinformationsabkommen mit den zentralamerikanischen Kleinstaaten Belize und Grenada zu. Zudem heisst er Änderungen an den bestehenden DBAs mit Norwegen und Albanien gut. Einzig die SVP stimmt jeweils mehrheitlich dagegen. Dank einer Änderung des Ordnungsbussengesetzes können künftig Ordnungsbussen auch bei anderen Straftaten als einfache Verkehrs- und Drogendelikten angewendet werden. Welche Bagatelldelikte genau mit Ordnungsbussen bestraft werden, bestimmt der Bundesrat. Der Nationalrat spricht sich für die Volksinitiative "Für Ernährungssicherheit" des Bauernverbandes aus. Nach dem Ständerat stimmt auch der Nationalrat einer Modernisierung des Landesversorgungsgesetzes zu. Der Wolf darf in der Schweiz auch in Zukunft nicht gejagt werden. Der Ständerat lehnt eine entsprechende Motion und eine Standesinitiative des Kantons Wallis mit demselben Anliegen ab.

Nach dem Nationalrat beschliesst auch der Ständerat, die Atomausstiegsinitiative der Grünen zur Ablehnung zu empfehlen. Die Initianten verlangen, dass alle Kernkraftwerke spätestens nach 45 Betriebsjahren stillgelegt werden. Häusliches Abwasser von Landwirtschaftsbetrieben soll künftig vermehrt mit der Gülle vermischt statt in die Kanalisation geleitet werden. Nach dem Nationalrat stimmt auch der Ständerat einer Motion von Andreas Aebi (SVP) mit diesem Anliegen zu. Die Schweiz soll sich weiter am NATO-Programm "Partnership for Peace" beteiligen. Der Nationalrat lehnt eine Motion der SVP-Fraktion ab, welche den Austritt aus dem Programm fordert. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. Der Aufwand für die Betreuung von Lehrlingen ist nach Ansicht des Parlaments zu hoch. Es beauftragt den Bundesrat, Massnahmen zu ergreifen, um den administrativen und finanziellen Aufwand für die Betriebe zu senken. Der Ständerat heisst als Zweitrat eine entsprechende Motion von Albert Röstli (SVP) oppositionslos gut. Der Bundesrat hatte sich

ebenfalls für die Motion ausgesprochen.

Der Bundesrat muss die Ursachen für die Hochpreisinsel Schweiz noch einmal untersuchen. Der Ständerat nimmt ein entsprechendes Postulat an, das eine Gesamtschau und eine Strategie bezüglich des Themas verlangte.

In der dritten Sessionswoche spricht sich der Ständerat für eine parlamentarische Initiative aus, die eine Akkreditierung für Lobbyisten verlangt. In einem öffentlich einsehbaren Register sollen Arbeitgeber und Mandate ausgewiesen werden. Die Einführung eines nationalen Krebsregisters ist bereit für die Schlussabstimmung. Mit dem Register sollen Krebserkrankungen künftig schweizweit einheitlich registriert werden. Erfasst werden Basisdaten zur Person, zur Diagnose und Erstbehandlung sowie zum Krankheitsverlauf.

Der neue eidgenössische Datenschützer heisst Adrian Lobsiger. Er erhält 139 von 198 gültigen Stimmen der Vereinigten Bundesversammlung. Die Vereinigte Bundesversammlung hat zwei neue Richter für das Bundesverwaltungsgericht bestimmt. Die Wahl von Viktoria Helfenstein (CVP) und Simon Thurnheer (SVP) wird von allen Fraktionen unterstützt. Durch die Wahl ändert sich die parteipolitische Zusammensetzung am Bundesverwaltungsgericht: Mit Thurnheer folgt ein SVP-Mitglied auf einen Richter der Grünen, da die SVP derzeit am Bundesverwaltungsgericht untervertreten ist. Das revidierte Gesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) ist bereit für die Schlussabstimmung. National- und Ständerat stimmen dem Vorschlag der Einigungskonferenz zu und die letzte Differenz ist damit ausgeräumt.

Im Weiteren setzt sich der Nationalrat in einer aktuellen Debatte mit den wirtschaftspolitischen Herausforderungen auseinander. Die linken Parteien fordern dabei einmal mehr Interventionen, Regulierungen und staatliche Massnahmen. Bundesrat sowie die bürgerliche Mehrheit halten hier klar dagegen und zeigen auf, dass die Schweiz im internationalen Vergleich – dank der freien Marktwirtschaft – weiterhin sehr gut dasteht. Im Rahmen dieser Debatte lehnt der Nationalrat eine Motion der FDP ab, welche die Einführung eines Mehrwertsteuer-Einheitssatzes von 6 bis 6,5 Prozent fordert. Ebenso lehnt er eine Motion der SVP ab, die eine zusätzliche Ausgabenwachstumsbremse einführen will. Der Ständerat lehnt eine von Nadja Pieren (SVP) eingereichte parlamentarische Initiative, die die AHV-Bestimmungen für Babysitting lockern will, oppositionslos ab.

Das neue Waldgesetz ist unter Dach und Fach. National- und Ständerat folgen dem Antrag der Einigungskonferenz einstimmig. Mit der Gesetzesrevision soll der Schweizer Wald besser vor Schädlingen wie dem Asiatischen Laubholzbockkäfer geschützt und für Klimaveränderungen gewappnet werden. Unterstützung erhält zudem die Waldwirtschaft: Der Bund wird verpflichtet, den Absatz von nachhaltig produziertem Holz zu fördern und beim Bau von eigenen Gebäuden soweit geeignet nachhaltig produziertes Holz zu verwenden. Bezüglich Arbeitssicherheit, welche bis zum Schluss als Differenz zwischen den beiden Räten stand, hat sich ein Kompromiss durchgesetzt: Holzschlagunternehmen müssen künftig nachweisen, dass ihre Mitarbeitenden einen Kurs zur Sensibilisierung über die Gefahren von Holzerntearbeiten besucht haben und nicht eine zusätzliche Ausbildung dazu machen.

Der Nationalrat stimmt als Zweitrat einem Verpflichtungskredit von 67 Millionen Franken für ein neues Produkt für die elektronische Geschäftsverwaltung (GEVER) zu. Bisher existieren in der Bundesverwaltung vier verschiedene Produkte, die nicht miteinander kompatibel sind. Die vorgesehene Standardisierung bringe Optimierungen und Einsparungen. Die Kosten pro Benutzer sollen gemäss Botschaft von 1270 auf 750 Franken pro Jahr sinken. Bei der Wahl ihrer Standorte müssen bundesnahe Betriebe wie die SBB oder die Post nicht darauf achten, dass sie die regionale Standortpolitik des Bundesrates einhalten. Der Nationalrat stimmt als Zweitrat gegen eine entsprechende Motion von Alex Kuprecht (SVP).

Nach dem Nationalrat nimmt auch der Ständerat vom Aussenpolitischen Bericht 2015 Kenntnis. Dieser thematisiert unter anderem die Suche nach einer Lösung zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Laut Bundesrat wird weiterhin versucht, eine einvernehmliche Lösung mit der EU zu finden. Zum selben Thema nimmt der Ständerat auch einen Bericht zur Kenntnis, den er vom Bundesrat im Zusammenhang mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative bestellt hatte. Er wollte wissen, welches die Vor- und Nachteile eines umfassenden Freihandelsabkommens mit der EU anstelle der heutigen bilateralen Abkommen wären. Der Bundesrat betrachtet ein umfassendes Freihandelsabkommen im Vergleich zu den bilateralen Verträgen nicht als gute Alternative.

Mit den Schlussabstimmungen zu 19 Vorlagen schliessen die eidgenössischen Räte die Frühjahrssession ab. Parlamentarisch unter Dach und Fach kommen unter anderem das revidierte Gesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) und die Armeeereform. Ja sagen die Räte auch zum Heilmittelgesetz, zum Ordnungsbussengesetz, sowie zum Waldgesetz. Im Weiteren wird der Beschluss über die Atomausstiegsinitiative der Grünen, welche das Parlament zur Ablehnung empfiehlt, verabschiedet.

20. März: Wahlen im Kanton Schwyz

Bei den Regierungsratswahlen gelingt es der SVP ihre drei Sitze zu halten. Die beiden bisherigen SVP-Regierungsräte André Rüegsegger und Andreas Barraud werden deutlich wiedergewählt. Neu im Regierungsrat für die SVP sitzt nun René Bünler. Somit hält die SVP nach wie vor 3 der 7 Sitze.

Zugleich wählen die Schwyzer und Schwyzerinnen den Kantonsrat.

Im Kantonsrat muss die SVP leider 2 Sitze zugunsten der SP/Grünen abgeben, welche nun über 15 Sitze verfügen. Der angekündigte Sturm der Linken auf die Regierung blieb allerdings aus. So gelang es der SP nicht einen Sitz im Regierungsrat zu erobern, auch der Einfluss im Kantonsrat dürfte bescheiden bleiben. Aber auch die CVP und die FDP verlieren beide je 2 Sitze. Dennoch stellt die SVP immer noch die grösste Fraktion mit 33 von insgesamt 100 Sitzen. Damit hat sie zusammen mit der FDP oder CVP je eine absolute Mehrheit.

**Medienkonferenz zum Asylgesetz-Referendum vom 4. April:
„NEIN zur verantwortungslosen Willkommenskultur!“**

Die SVP stellt ihren Standpunkt zur Asylgesetzrevision klar. Diese will die gescheiterte Willkommenskultur noch ausbauen statt begrenzen. Damit gefährdet sie die humanitäre Asyltradition der Schweiz. Stattdessen sind die Grenzen sofort gezielt und risikobasiert systematisch zu kontrollieren, wenn nötig mit Hilfe der Armee, um insbesondere auch den rücksichtslosen Schlepperbanden das Handwerk zu legen und eine erste Triage der Migrantenströme vorzunehmen.



V. l. n. r.: NR und Asylchef der SVP Schweiz Andreas Glarner, NR Céline Amaudruz, NR und Parteipräsident Toni Brunner, NR und Fraktionschef Adrian Amstutz und NR Roger Köppel an der Pressekonferenz.

Die verantwortungslose Asylgesetzrevision ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

1. Für illegale Wirtschafts- und Sozialmigranten ist das Schweizer Asylrecht nicht da!
2. Die Asylgesetzrevision schadet der Schweiz. Die Attraktivität der Schweiz als Zielland ist angesichts der grossen Völkerwanderung nach Europa und der damit verbundenen massiven Probleme zu senken und nicht noch auszubauen.
3. Die Vorlage von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga basiert auf falschen Zahlen. Die Asylrevision geht von 24'000 Asylgesuchen jährlich aus (2015 hatten wir aber bereits 39'523 Gesuche). Und sie geht davon aus, dass 40% der Asylbewerber als „Dublin-Fälle“ bereits ab Bundeszentren in andere europäische Staaten überwiesen werden können. In der Realität waren es im vergangenen Jahr gerade einmal 6% im Verhältnis zur Zahl der Gesuche.
4. Gratisanwälte für alle Asylsuchende führen zu einer teuren Prozessflut. Für 40'000 Asylsuchende (Jahr 2015) Gratisanwälte zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig zu behaupten die Verfahren werden schneller, glaubt kein ver-

nünftiger Mensch.

5. Die Möglichkeit der Enteignung von Privatpersonen, Unternehmen und Gemeinden durch den Bund für den Bau von neuen Asylzentren ist skandalös. Mit den zentralistischen Plangenehmigungsverfahren wird zudem der zivile, direktdemokratische Widerstand gegen Asylunterkünfte in den Gemeinden verunmöglicht.
6. Mit der Revision können noch mehr Asylsuchende noch schneller hierbleiben, ungeachtet, ob sie an Leib und Leben bedroht sind oder nicht. Schnellere Verfahren helfen nur, wenn der Vollzug bei der Ausweisung konsequent durchgesetzt wird. Das ist eine Frage der Führung.
7. Die langfristigen Kosten werden unser Land an den Rand des Kollapses bringen. Wer will nicht in die Schweiz kommen, wenn es hier für jeden und jede umsonst medizinische, zahnärztliche und psychiatrische Behandlung, Sozialhilfe und jetzt noch einen bedingungslosen Gratisanwalt auf Kosten der Steuerzahler gibt. Dazu kommen die staatlichen Integrationsmassnahmen wie Sprachkurse, Ausbildungszulagen, Benimm-dich-Kurse etc., die massiv ausgebaut und von Bundesbern subventioniert werden. Lautstark fordern linke Kreise bereits staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme für Asylsuchende.
8. Renitente Asylbewerber könnten mit dem heutigen Asylgesetz bereits gesondert untergebracht werden. Asylbewerber waren im Jahr 2015 fünfmal krimineller als die Schweizer Bevölkerung. Auch hier bezahlt der Steuerzahler die Polizei-, Gerichts- und Gefängniskosten.

10. April: Grossratswahlen im Kanton Thurgau

Im Kanton Thurgau finden die ordentlichen Grossratswahlen statt.

Bei diesen kann die SVP ihre Sitze um 3 auf 44 Sitze ausbauen und bleibt damit mit Abstand stärkste Kraft im Kantonsparlament.

Delegiertenversammlung in Langenthal (BE) vom 23. April „Noch attraktiver für Scheinasylanten?“

Die SVP-Delegiertenversammlung wählt Albert Rösti einstimmig zum neuen SVP-Parteipräsidenten. In einer engagierten Rede unterstreicht der neue Präsident die Bedeutung der SVP im Kampf für eine unabhängige und freie Schweiz.

Einstimmig abgelehnt wird die schädliche Revision des Asylgesetzes. Fast ebenso klar, mit 484 zu 5 Stimmen, unterstützten die Delegierten die Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ (Milchkuh-Initiative).



Delegierte an der Delegiertenversammlung in Langenthal (BE)

Einstimmig angenommen wird von der Delegiertenversammlung eine Statutenrevision, welche die strategische Führung der Partei stärkt und die Fachkompetenz in den leitenden Gremien erweitert. In der Folge können die Gremien für die nächste Amtsperiode von zwei Jahren gewählt werden. Dabei geht das Präsidium von Toni Brunner an Albert Rösti über. Dem neuen Präsidenten zur Seite stehen die Vizepräsidenten Nationalrätin Céline Amaudruz (GE), Nationalrat Thomas Aeschi (ZG) sowie Staatsrat Oskar Freysinger (VS). Komplettiert wird der neue Parteileitungsausschuss, der das Tagesgeschäft der Partei führt, durch a. Bundesrat Christoph Blocher, als Verantwortlicher Strategie, a. Nationalrat Walter Frey, als Verantwortlicher Kommunikation und Nationalrat Thomas Matter, als Verantwortlicher Finanzen. Fraktionspräsident Adrian Amstutz gehört dem Gremium von Amtes wegen an.



Sondersession 2016 (25. - 27. April)

Der Nationalrat berät zu Beginn der Sondersession als Erstrat die Legislaturplanung 2015-2019. Er bleibt dabei weitgehend auf der Linie des Bundesrats, der insgesamt 60 Ziele, Massnahmen und andere Vorgaben für die laufende Legislatur definiert hat. Verschärfen will der Nationalrat jedoch den finanzpolitischen Kurs der kom-

menden vier Jahre: So soll der Bund auf Aufgaben verzichten und so die Ausgaben um weitere 500 Millionen Franken pro Jahr reduzieren. Weiter verlangt er, dass der Bundesrat ein Deregulierungspaket vorlegt und bei Gesetzesvorlagen mit grossen finanziellen Auswirkungen künftig eine Regulierungsfolgeabschätzung erstellen lässt.

Grünes Licht für die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien. Der Nationalrat stimmt dem Beschluss mit 122 zu 64 Stimmen – entgegen dem Willen der SVP – zu und verstösst damit auch gegen die Verfassung, die mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative neue völkerrechtliche Verträge, die der Schweiz keine Steuerung der Zuwanderung erlauben, explizit untersagt. Ein schwarzer Tag für die Demokratie in der Schweiz.

Ehemalige Verdingkinder und andere Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen sollen 20'000 bis 25'000 Franken erhalten. Der Nationalrat nimmt den indirekten Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative an. Die Volksinitiative lehnt er stillschweigend ab. Die Initianten haben in Aussicht gestellt, das Volksbegehren zurückzuziehen, sollte der Gegenvorschlag von beiden Räten angenommen werden. Die Wiedergutmachungsinitiative verlangt Zahlungen im Umfang von 500 Millionen Franken. Mit dem Gegenvorschlag stünden 300 Millionen Franken zur Verfügung.

Hingegen nimmt der Nationalrat eine Kommissionsmotion, die den Zulassungsstopp für Ärzte noch einmal für drei Jahre verlängert, an. Der Entscheid wurde nötig, weil es der Nationalrat im Dezember abgelehnt hat, den Ärztestopp als dauerhafte Lösung ins Gesetz zu schreiben. Der Bundesrat hat nun den Auftrag, Alternativen zum Zulassungsstopp zu erarbeiten.

Ebenfalls nimmt der Nationalrat eine parlamentarische Initiative von NR Aeschi (SVP) an, welche ein Vetorecht bei Verordnungen fordert. Das Vetorecht stand schon mehrmals zur Debatte. Frühere Versuche, ein solches einzuführen, waren jeweils am Widerstand des Ständerats gescheitert. Schliesslich stimmt der Nationalrat oppositionslos der Abschaffung der Steuerprivilegien für Parlamentarier zu. Künftig sollen diese die jährliche pauschale Entschädigung für Personal- und Sachausgaben in Höhe von 33'000 Franken versteuern müssen.

Der Ständerat führt keine Sondersession durch.

MAI



Sommersession 2016 (30. Mai – 17. Juni)

In der ersten Sessionswoche stimmt der Nationalrat als Zweitrat gegen den Willen der SVP den Änderungen des Adoptionsrechts zu. Künftig soll die Adoption in allen Paarbeziehungen möglich sein, unabhängig vom Zivilstand und von der sexuellen Orientierung. Umstrittener ist die Frage, ob die Stiefkindadoption auch für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften zugelassen werden soll - für Paare ohne

Tauschein oder eingetragene Partnerschaft. Der Rat spricht sich schliesslich mit einer knappen Mehrheit dafür aus.

Der Zugang für Ausländer zur AHV, zur IV und zu Ergänzungsleistungen soll nicht erschwert werden. Der Nationalrat lehnt drei entsprechende parlamentarische Initiativen der SVP-Fraktion klar ab. Nur die SVP und einzelne Vertreter der FDP sind dafür. Damit sind die Geschäfte vom Tisch.

Der Nationalrat genehmigt die Staatsrechnung 2015 sowie die Nachtragskredite zum laufenden Budget. Vor allem die zusätzlichen Kosten für das Asylwesen geben aber im Rat zu reden. Von den 22 Nachtragskrediten in Höhe von insgesamt 397 Millionen Franken, entfallen rund 90 Prozent auf den Asylbereich. Grund ist die hohe Zahl von Asylgesuchen. Einzig die SVP-Fraktion lehnt die Nachtragskredite geschlossen ab.

Ebenfalls Zustimmung erhalten die beiden Abkommen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) mit Australien sowie mit der EU. Während das Abkommen mit Australien fast unumstritten ist, wehrt sich die SVP als einzige Partei gegen das Abkommen mit der EU und fordert, dass mit Ländern, die noch keine faire Regularisierung eingeführt haben, keine Daten ausgetauscht werden dürfen. Der Rückweisungsantrag scheitert jedoch, da die SVP mit dieser Forderung im Rat alleine steht.

Auch eine parlamentarische Initiative von Nationalrat Luzi Stamm (SVP), welche eine Änderung der Bundesverfassung verlangt, wonach sowohl Asylsuchende als auch anerkannte Flüchtlinge keinen Anspruch mehr auf ein Aufenthalts- oder Bleiberecht in der Schweiz erhalten sollten, findet keine Unterstützung. Ebenso abgelehnt wird ein Vorstoss der SVP-Fraktion, der eine Streichung der Nothilfe an Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten, fordert.

Das Parlament stimmt einer Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes für Angestellte im öffentlichen Verkehr zu.

Am Mittwoch, dem 1. Juni 2016, findet keine Sitzung statt. Grund dafür ist die Eröffnung des Gotthard-Basistunnels.

Der Nationalrat will für die Jahre 2017-2020 insgesamt 11,11 Milliarden Franken für die Entwicklungshilfe, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, ausgeben. Das Anliegen passiert den Nationalrat jedoch nur ganz knapp. Durchschnittlich werden damit 0,48 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zur Verfügung gestellt. Ebenfalls knapp scheitert ein Kürzungsvorschlag um insgesamt 430 Millionen Franken auf 0,45 Prozent des BNE aus den Reihen der FDP. Die Forderung der SVP und der Finanzkommission, die Mittel um 1,6 Milliarden auf 0,4 Prozent des BNE zu kürzen, scheitert ebenfalls. Ebenfalls äusserst knapp mit nur 4 Stimmen Unterschied wird zudem ein Antrag der SVP abgelehnt, welcher die Entwicklungshilfe an die migrationspolitische Zusammenarbeit koppeln will.

Der Bundesrat darf die Personenfreizügigkeit erst dann auf Kroatien ausdehnen, wenn er mit der EU eine verfassungskonforme Lösung zur Steuerung der Zuwanderung gefunden hat. Der Ständerat beschliesst, den Bundesrat nur unter dieser ausdrücklichen Bedingung zur Ratifikation des Kroatien-Protokolls zu ermächtigen und hat diese Forderung in den Beschluss eingefügt, um die Verfassungsmässigkeit einer Lösung sicherzustellen.

In der zweiten Sessionswoche spricht sich der Ständerat zum zweiten Mal gegen ein Gesetz aus, das in vielen Kantonen zu längeren Ladenöffnungszeiten geführt hätte. Die Vorlage ist damit vom Tisch. Der Nationalrat hatte sich deutlich dafür ausgesprochen. Dafür stimmt der Ständerat einer Vorlage zu, welche den Zulassungsstopp für Ärzte bis im Sommer 2019 noch einmal um drei Jahre verlängern will. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) wird in die öffentlich-rechtliche Agentur Innosuisse umgewandelt. Das Gesetz, das die Organisation und Aufgaben der Agentur regelt, ist bereit für die Schlussabstimmungen.

National- und Ständerat einigen sich bei der Änderung des Adoptionsrechts, welches Personen – unabhängig vom Zivilstand und von der sexuellen Orientierung – erlauben soll, Kinder ihres Partners zu adoptieren. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmungen.

Der Ständerat stimmt dem Rüstungsprogramm 2016 zu. Die Armee plant, Waffen, Fahrzeuge und Material im Wert von 1,34 Mrd. CHF zu kaufen. Die kleine Kammer genehmigt zudem einstimmig das VBS-Immobilienprogramm für das Jahr 2016, welches 572 Mio. CHF umfasst. Hingegen lehnt sie den vom Bundesrat vorgelegten Zahlungsrahmen für die Armee ab. Hauptgrund für die Ablehnung ist, dass das Parlament bereits einen Zahlungsrahmen von 20 Mrd. CHF beschlossen hat und ein weiterer Entscheid über diese Sache damit nicht mehr nötig ist.

Der Ständerat will die Strafnormen im Zusammenhang mit Via sicura nicht schon wieder ändern. Er lehnt eine vom Nationalrat überwiesene Pa.Iv., die den Richtern bei der Strafzumessung wieder mehr Spielraum geben wollte, ab. Stattdessen beauftragt er den Bundesrat mit einem Postulat, die Wirksamkeit des Massnahmenpakets Via sicura insgesamt zu überprüfen. Dafür stimmt der Ständerat einer Pa.Iv. von M. Reimann (SVP) zu, welche die Altersgrenze für die Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer von 70 auf 75 Jahre heraufsetzen will.

Das Parlament bewilligt für das laufende Jahr Nachtragskredite in Höhe von insgesamt 397 Mio. CHF. Auch der Ständerat winkt bei der Abstimmung die zusätzlichen Kosten durch. Rund 90 Prozent der Nachtragskredite oder 353 Mio. CHF entfallen dabei auf den Asylbereich. Grund ist die hohe Zahl von Asylgesuchen. Zusammen mit den Nachtragskrediten genehmigt der Ständerat überdies die Staatsrechnung 2015. Diese schliesst mit einem Überschuss von rund 2,3 Mrd. CHF. Budgetiert worden war ein Plus von nur 411 Mio. CHF.

In der dritten Sessionswoche stimmt nach dem Nationalrat auch der Ständerat Gesetzes- und Verfassungsänderungen zu, welche Ausländern der dritten Generation eine erleichterte Einbürgerung ermöglichen sollen. Ein Automatismus ist weiterhin nicht vorgesehen: Auch Personen der dritten Ausländergeneration sollen das Schweizer Bürgerrecht nur auf Antrag erhalten und die Integrationskriterien erfüllen müssen.

Der Ständerat nimmt zudem eine Motion an, die eine Beseitigung der Heiratsstrafe fordert. Im Gegensatz zum Nationalrat, der auf die Individualbesteuerung setzt, bevorzugt der Ständerat jedoch weiterhin die gemeinsame Besteuerung der Ehepaare. Ebenfalls nimmt er eine Motion an, welche Whistleblower in der Verwaltung

vor Strafe schützen soll. Eine Verletzung des Amtsgeheimnisses soll künftig nicht strafbar sein, wenn sie einem überwiegenden öffentlichen Interesse dient. Hingegen lehnt er einen Vorstoss, der eine Aufstockung des Grenzwachtkorps in der Ostschweiz verlangt, ab. Die vom Nationalrat deutlich überwiesene Forderung lehnt der Ständerat diskussionslos ab. Damit ist das Geschäft vom Tisch.

Der Nationalrat lenkt ein und übernimmt die Beschlüsse des Ständerats zur Unternehmenssteuerreform III. Der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer beträgt nun 21,2 Prozent. Der Nationalrat wollte wie der Bundesrat den Kantonen 20,5 Prozent der direkten Bundessteuer zukommen lassen. Auch bei der zinsbereinigten Gewinnsteuer setzt sich der Ständerat durch: Sie darf eingeführt werden, sofern der betreffende Kanton Dividenden auf Beteiligungen über 10 Prozent zu mindestens 60 Prozent besteuert.

Verwahrte Straftäter sollen das Gefängnis nur noch in Begleitung verlassen dürfen. Der Nationalrat stimmt einer vom Ständerat abgeänderten Motion von NR Natalie Rickli (SVP) zu. Zunächst wollte er Ausgänge und Hafturlaube für Verwahrte ganz verbieten. Das ging dem Ständerat aber zu weit. Die Mehrheit folgte dem Argument der SVP, dass die Sicherheit höher zu gewichten sei als die Interessen des Täters.

Ebenfalls nimmt das Parlament eine Motion von altNR Oskar Freysinger (SVP) an, welcher verlangt, dass die Bedingungen zum Verfall des Führerausweises auf Probe gelockert werden. Künftig soll dieser nur noch dann verfallen, wenn auch die zweite Widerhandlung schwer oder mittelschwer ist. Dagegen lehnt es einen vom Nationalrat bereits überwiesenen Vorstoss von NR Toni Brunner (SVP) ab, welcher einen automatischen Entzug des Bürgerrechts fordert für Doppelbürger, die in der Schweiz oder im Ausland extremistische Gewalttaten verüben oder an Kampfhandlungen teilnehmen.

Die Armee soll trotz des sistierten Projekts BODLUV (Umfang 700 Mio. CHF) nicht weniger Geld bekommen. Der Nationalrat stimmt einer Kommissionsmotion der SiK-NR zu, die den Bundesrat beauftragt, diese Mittel weiterhin bei der Armee für Rüstungsvorhaben einzusetzen. Alternative beschaffungsreife Vorhaben sollen nötigenfalls vorgezogen werden.

Der Ständerat nimmt zwei Motionen aus dem Nationalrat an, welche bei jeder vorgelegten Gesetzesvorlage vom Bundesrat verlangen, eine Regulierungsfolgeabschätzung dazu zu liefern, die von einer unabhängigen Stelle geprüft wurde. Ebenfalls nimmt der Ständerat eine Motion von NR Lukas Reimann (SVP) an, die vom Bundesrat verlangt, das EU-Beitrittsgesuch der Schweiz von 1992 endlich zurückziehen.

Das Kroatien-Protokoll geht in die Einigungskonferenz: Der Ständerat beharrt weiterhin darauf, dass zuerst eine Lösung zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vorliegen muss. Der Nationalrat möchte den Bundesrat ohne Auflagen zur Ratifikation des Kroatien-Protokolls ermächtigen.

Oppositionslos wird dagegen eine Motion angenommen, welche den administrativen Aufwand in der Agrarpolitik für alle Beteiligten massgeblich zu reduzieren sucht. Die kleine Kammer lehnt eine Motion von NR Markus Hausammann (SVP) ab, die verlangte, dass die Lebensmittelverluste in der Schweiz bis 2020 um mindestens 30

Prozent zu reduzieren seien.

Der Nationalrat nimmt eine Motion an, welche höhere Grenzwerte für Mobilfunkantennen fordert. Ziel ist es, dass das Mobilfunknetz modernisiert und ausgebaut werden kann, ohne dass überall neue Antennen aufgestellt werden müssen.

Die Schweiz soll die Personenfreizügigkeit erst dann auf Kroatien ausdehnen, wenn eine Lösung zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vorliegt. Der National- und Ständerat folgen dem Antrag der Einigungskonferenz. Durchgesetzt hat sich der Ständerat, welcher die Ratifikation an eine Bedingung knüpfen wollte.

Auch eine Motion, die das Obligatorium für Hundekurse wieder aufheben will, wird angenommen.

Mit den Schlussabstimmungen zu 17 Vorlagen schliesst das Parlament die Sommer-session 2016 ab. Es nimmt unter anderem im Sinne der SVP die Unternehmenssteuerreform III, die Revision des Landesversorgungsgesetzes, sowie die Verlängerung des Ärztestopps an. Aber gegen den Willen der SVP nimmt es insbesondere die Ermächtigung an den Bundesrat, die Personenfreizügigkeit auf Kroatien auszudehnen, die Änderung des Adoptionsrechts, die Homosexuellen erlaubt, die Kinder ihrer Partner zu adoptieren, diverse Doppelbesteuerungsabkommen sowie das Innosuisse-Gesetz an.

JUNI



Eidgenössische Abstimmung vom 5. Juni 2016

Eidg. Volksinitiative «Pro Service Public»

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sagen klar NEIN zur Volksinitiative Pro Service Public. Die Diskussionen der letzten Wochen haben aber auch gezeigt, dass der Bevölkerung eine gute, zuverlässige und pünktliche Grundversorgung gerade auch in den Randregionen sehr wichtig ist.

Eidg. Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

Die deutliche Abfuhr für die Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist ein klares Bekenntnis zu einem massvollen Staat, der die Eigenverantwortung hoch hält. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wollen keinen unbezahlbaren Vollkasko-Fürsorgestaat, sondern gute Rahmenbedingungen für Leistung und Unternehmertum, die zu Arbeitsplätzen und Wohlstand führen.

Eidg. Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» (Milchkuh-Initiative)

Die SVP bedauert, dass mit dem NEIN zur Milchkuh-Initiative weiterhin eine Zweckentfremdung der durch die Strassenbenützer abgegebenen Steuern und Abgaben stattfindet. Nun sind jene Vertreter der Mitte-Parteien beim Wort zu nehmen, welche auf den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF verwiesen haben. Dieser ist nun rasch umzusetzen, damit dringende Ausbau- und Sanierungsprojekte im Bereich der Strasseninfrastrukturen endlich realisiert werden können.

Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG)

Die Annahme des Fortpflanzungsmedizingesetzes war zu erwarten. Die SVP fordert nun alle mit der Umsetzung betrauten Akteure auf, verantwortungsvoll mit den neuen Möglichkeiten umzugehen und Missbräuche zu verhindern.

Änderung des Asylgesetzes (AsylG)

Die SVP bedauert zwar die Annahme des revidierten Asylgesetzes, gegen das sie das Referendum ergriffen hatte, nichtsdestotrotz akzeptiert sie den Volksentscheid. Allerdings wird sie den Behörden genau auf die Finger schauen und auf die wortgetreue Umsetzung und die Einhaltung der gemachten Versprechen pochen.

Die Vorlage hat zur angekündigten klaren Beschleunigung der Asylverfahren zu führen. Zur Beschleunigung gehört nicht nur die Verkürzung des Verfahrens bis zum Asylentscheid, sondern insbesondere bei Negativentscheiden auch die schnellere effektive Rückkehr ins Heimatland bzw. Rücküberführung ins Dublin-Land der Erstregistrierung. Die versprochenen Kostensenkungen haben sich dabei in der Praxis ebenso zu zeigen wie die Nichtanwendung der Enteignungsklausel im Gesetz.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die Schweiz gemäss ihrer humanitären Tradition nur jenen Personen Schutz bietet, die an Leib und Leben bedroht sind. Dieser zentrale Grundsatz unseres Asylrechts muss weiterhin Gültigkeit haben. In Anbetracht der Zehntausenden neuen Asylsuchenden von 2016 in Italien hat der Bundesrat schnellstens die Grenzen so zu sichern, dass die illegale Einwanderung und das Schlepperwesen unterbunden werden können. Die SVP wird sich auch in Zukunft für eine glaubwürdige Asylpolitik einsetzen.

JULI

Medienmitteilung vom 12. Juli: Illegale Zuwanderung ausser Kontrolle

20 Prozent mehr Asylgesuche als 2015 in der Schweiz

In den ersten sechs Monaten 2016 wurden insgesamt 14'277 Asylgesuche gestellt. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015 ist dies eine Zunahme von etwa 20 Prozent. Und dies, obwohl die sogenannte Balkanroute «dicht» ist. Doch aus dem Tessin häufen sich in den letzten Tagen die Meldungen über einen regelrechten Ansturm auf die Schweizer Grenze.

Da die illegale Migrationsroute über das Mittelmeer witterungsbedingt erst seit Ende Mai wieder im grossen Stil genutzt werden kann, kommen nun im Vergleich zum Vorjahr viele sogenannte Asylbewerber mit etwas Verzögerung an. Doch sie kommen – und zwar in wachsender Zahl. Bereits Ende Juni 2016 zählte die Schweiz

rund 20 Prozent mehr Asylgesuche als Ende Juni des Vorjahres, und das noch bevor der Sommer richtig begonnen hat. Die klare Mehrheit der Herkunftsländer befindet sich mit Eritrea, Somalia, Nigeria oder Äthiopien einmal mehr in Afrika, während die Syrer nur eine Minderheit ausmachen. Und obwohl mittlerweile auch das EJPD den Wegweisungsvollzug nach ganz Sri Lanka für zumutbar hält, wurden auch aus diesem Land wiederum fast so viele Gesuche wie aus Syrien entgegengenommen. Beim überwiegenden Teil dieser Migranten handelt es sich damit offensichtlich um Wirtschaftsflüchtlinge, welche die Asylschiene nutzen zur illegalen Einwanderung in die Schweiz.

Alle Zahlen zeigen nach oben: Während die Schweiz Ende Juni 2015 noch 31'618 vorläufig aufgenommene Personen zählte, waren es Ende Juni 2016 schon 34'741. Anerkannte Flüchtlinge zählte die Schweiz Ende Juni 2016 bereits stolze 43'300 Personen (Vorjahr: 37'772). Von Rückgang also keine Spur. Damit dürften die Kosten des Asylwesens auch in Zukunft weiter ungebremsst steigen. Die mittel- und langfristige Finanzierung dieser Entwicklung über die Bundes-, Kantons- und vor allem Gemeindekassen wird immer unberechenbarer. Besorgt ist die SVP auch darüber, dass im 2. Quartal 2016 wiederum 2'359 Personen unkontrolliert abgereist oder nicht mehr auffindbar sind. Viele davon sind wohl untergetaucht und dürften sich nun illegal in der Schweiz aufhalten. Im ersten Halbjahr 2015 waren es nur halb so viele.

Während das Departement von Bundesrätin Sommaruga beschönigt und von rückläufigen Asylzahlen spricht, erreichen uns in der Realität besorgniserregende Informationen von der Südgrenze. Je nach Quelle sollen aktuell alleine im Tessin 1'100 – 1'500 Asylbewerber pro Woche angehalten werden. Ein gewisser Teil dieser illegalen Migranten kann scheinbar vorläufig wieder nach Italien weggewiesen werden. Was diese dort machen und ob sie nicht doch an einem anderen Ort die Schweizergrenze wieder passieren oder weiterreisen, ist unbekannt.

Die SVP fordert vor allem das Departement Sommaruga, aber auch das Grenzwachtkorps auf, ab sofort wöchentlich genaue und unverfälschte Zahlen, insbesondere über ankommende Asylbewerber sowie aufgegriffene illegale Einwanderer, zu publizieren.

AUGUST

Medienkonferenz vom 12. August: Entmachtung der Stimmbürger stoppen

Die SVP reicht am 12. August begleitet durch eine Medienkonferenz 116'709 Unterschriften für die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“ ein. Oberster Gesetzgeber unseres Landes – so hält es die Bundesverfassung fest – ist das Schweizer Volk und die Kantone. Doch in aller Stille entmachten Parlament, Regierung, Verwaltung, Justiz und Rechtslehre in unheimlichem Zusammenspiel den Verfassungsgeber. Hier gibt die Selbstbestimmungsinitiative Gegensteuer und stellt sicher, dass die Bundesverfassung wieder die oberste Rechtsquelle der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist und dass – mit Ausnahme des zwingenden Völkerrechts – die in der Verfassung festgeschriebene schweizerische Rechtsordnung gilt. Rechtssicherheit und Stabilität sind wichtige Grundpfeiler

für unseren Wohlstand und unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz wird unterlaufen. Volk und Stände haben beispielsweise der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung, aber auch der Verwahrungsinitiative zugestimmt. Politiker und Gerichte verweigern die Umsetzung unter Berufung auf nicht zwingendes internationales Recht (Völkerrecht). Die Absicht ist eindeutig: die direkte Demokratie, d.h. die schweizerische Besonderheit, wonach die Bürger den Souverän bilden, soll eingeschränkt, ja gar ausgeschaltet werden. Das ist ein Staatsstreich gegen die in der Verfassung geltende Rangordnung im Staat.

Die Selbstbestimmungsinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ will deshalb:

- Rechtssicherheit und Stabilität erhalten, indem das Verhältnis zwischen Landesrecht und internationalem Recht geklärt wird;
- die Selbstbestimmung der Schweizerinnen und Schweizer und damit die weltweit einzigartige direkte Demokratie bewahren;
- das von Volk und Ständen selbstbestimmte Schweizer Verfassungsrecht als oberste Rechtsquelle;
- verhindern, dass die Elitokratie (Verwaltung, Regierung, Richter, Professoren) das Volk mehr und mehr entmachten;
- eine automatische („dynamische“) Übernahme von EU-Recht und internationalem Recht (Völkerrecht) verhindern;
- die Unabhängigkeit bewahren und damit Freiheit und Wohlstand sichern;
- dass sich Bundesrat und Parlament wieder an den Volkswillen halten und Volksentscheide umsetzen wie beispielsweise bei der Steuerung der Zuwanderung und der Verwahrungsinitiative.

Medienmitteilung vom 17. August: SVP fordert vom Bundesrat, so rasch wie möglich Verhandlungen über ein mögliches Freihandelsabkommen mit Grossbritannien aufzunehmen

Die SVP beantragte am 16. August in der Wirtschaftskommission des Nationalrats, den Bundesrat zu beauftragen, mit der britischen Regierung unverzüglich den Abschluss eines bilateralen Freihandelsabkommens zu prüfen, vorzubereiten und entsprechende Verhandlungen aufzunehmen. Heute verfügt die Schweiz über kein Freihandelsabkommen mit Grossbritannien, da dieser Bereich über die Verträge mit der EU geregelt ist. Mit dem Austritt Grossbritanniens aus der EU wird dies nicht mehr der Fall sein, weshalb sich für die SVP eine rasche Aufnahme von bilateralen Abkommens-Verhandlungen aufdrängt. Die anderen Parteien wollten den Antrag vorerst nicht beraten und verschoben dessen Behandlung. Die SVP bedauert diese Verzögerungstaktik und wird deshalb das Anliegen als Fraktionsvorstoss während der Herbstsession erneut einreichen.

Medienkonferenz vom 26. August: Mehr Vielfalt und Freiheit in der Mediens Schweiz

Die SVP stellt am 26. August in Bern ihr neues Positionspapier zur Schweizer Medienpolitik vor. Sie zeigt darin die Wichtigkeit einer freiheitlichen Medienlandschaft für unsere direkte Demokratie auf. Bundesrat und grosse Teile des Parlaments wollen die Medienbranche jedoch immer stärker regulieren und finanziell unterstützen. Staatliche Interventionen im Medienbereich können heute nicht mehr technisch begründet werden, sondern sie verzerren einzig den Wettbewerb und konkurrieren private Medienanbieter.

Dank dem raschen technologischen Wandel und der Digitalisierung stehen uns unzählige Angebote zur Verfügung. Heute stehen nicht mehr Frequenzengpässe zur Debatte wie vor 50 Jahren: Fragen zur Netzneutralität und Signalintegrität prägen die politische Diskussion. Die Unabhängigkeit der Medien von staatlichen Einflüssen und öffentlichen Geldern ist elementar für eine Demokratie. Vor diesem Hintergrund unterstreicht die SVP mit einem neuen Strategiepapier ihre Forderungen zur Medienpolitik:

- «Service public»-Angebote sind nur Leistungen, die zwingend erbracht werden müssen und Private nicht anbieten oder anbieten können. Die anderen Bereiche – vor allem das Internet – sollen privaten Anbietern überlassen werden. Die Schaffung eines Mediengesetzes (und damit die Regulierung des Online-Bereichs) ist abzulehnen.
- Auf Medienförderung ist zu verzichten.
- Die Gebühren bzw. die Mediensteuer sind zu halbieren. Die Höhe der Mediensteuer ist vom Parlament zu genehmigen. Die Mitspracherechte der Gebührenzahler sind zu stärken.
- Das Parlament muss bei der Erteilung der SRG-Konzession mitreden können. Zudem sind die Aufsichtskompetenzen neu zu regeln.
- Zielgruppenspezifische Werbung darf der SRG erst erlaubt werden, wenn eine Marktlösung gefunden worden ist, zu der alle Medienunternehmen Zugang haben.

Die Forderungen der SVP werden in Form von Anträgen und Vorstössen im Parlament einfließen. Hauptziel ist die Schaffung wettbewerbsfreundlicher Rahmenbedingungen im Medienmarkt. Es ist falsch, wenn privaten Unternehmen der Markteintritt durch staatliche Interventionen (inhaltlich, finanziell, regulatorisch) verunmöglicht oder erschwert wird.



Herbstsession 2016 (12. – 30. September)

In der ersten Sessionswoche nimmt der Nationalrat eine Motion von Nationalrat de Courten (SVP) an, welche vom Bundesrat verlangt, auf die Ratifikation der Europäischen Sozialcharta zu verzichten. Ebenso nimmt er eine SP-Motion an, die vom Bundesrat verlangt, dass er durch geeignete institutionelle und politische Massnahmen sicherstellt, dass die Schweiz die Ziele der Agenda 2030 umsetzt.

Hingegen lehnt er eine Motion von Nationalrat Keller (SVP) ab, welche verlangt, dass Schweizer Diplomaten keine Doppelbürger sein dürfen, sowie ein weiterer Vorstoss der SVP-Fraktion, die den Bundesrat beauftragen will, auf einen Beitritt der Schweiz zum UNO-Sicherheitsrat zu verzichten.

Nach dem Nationalrat stimmt auch der Ständerat der erleichterten Verlängerung von Normalarbeitsverträgen (NAV) im Entsendegesetz zu und verschärft damit die flankierenden Massnahmen. Grund dafür ist, dass wiederholt Verstösse gegen den Mindestlohn festgestellt worden sind oder Hinweise vorliegen, dass es ohne NAV zu erneutem Lohndumping kommen kann.

Der Nationalrat nimmt das Ausländer- und Integrationsgesetz an. Künftig erhält nur noch eine Niederlassungsbewilligung, wer gut integriert ist. Dabei ist es jedoch so, dass der Staat neu ebenfalls für Integrationsmassnahmen verantwortlich ist. Dies bedeutet im Endeffekt, dass nicht der Ausländer seinen Willen zeigen muss, sondern der Schweizer Steuerzahler für die Integration zu bezahlen hat. Einzig die SVP war gegen die Vorlage. Die linken Parteien, welche das Gesetz in der Kommission noch abgelehnt hatten, votierten am Schluss dafür, weil der Nationalrat - anders als die Kommission - auf klare Massnahmen beim Familiennachzug verzichtete.

Der Nationalrat lehnt hingegen eine Motion der SVP-Fraktion ab, welche auf Bundesebene Bestimmungen schaffen wollte, damit Gemeinden bei Massnahmen der KESB mitreden können.

Der Nationalrat lehnt den Antrag des Bundesrats ab, beim Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft 2018-2021 insgesamt 514 Mio. CHF zu sparen. Damit stehen für die vier Jahre 13,792 Mrd. CHF und damit gleich viel wie in der vorangegangenen Periode zur Verfügung. Gegen Einsparungen wehrte sich vor allem SVP und CVP. Trotz diesem Erfolg ist die Landwirtschaft jedoch weiterhin der einzige Aufgabenbereich bei dem kein Ausgabenwachstum erfolgt. Bei allen anderen Bereichen wachsen die Ausgaben um durchschnittlich 2,7%.

Das Parlament bereinigt die BFI-Botschaft. Der Nationalrat schwenkt auf die Linie des Ständerates ein und heisst die Erhöhung der Rahmenkredite um insgesamt 395 Millionen Franken gegen den Widerstand der SVP ebenfalls gut. Für die Bildung und Forschung werden in den kommenden vier Jahren damit rund 26,4 Mrd. CHF zur Verfügung stehen.

Oppositionslos nimmt der Ständerat eine Motion aus dem Nationalrat an, welche vom Bundesrat verlangt, seine Beziehungen zu Eritrea zu verstärken mit dem Ziel, die Zahl von Flüchtlingen und Migranten aus diesem Land einzudämmen.

In der zweiten Sessionswoche beschliesst der Nationalrat, dass Hundehalter künftig keine Kurse mehr besuchen müssen. Er überweist - gegen den Willen der Mehrheit der vorberatenden Kommission und des Bundesrates - am Montag eine Motion aus dem Ständerat.

Der Ständerat bereinigt die letzten Differenzen zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung.

Nach dem Ständerat stimmt auch der Nationalrat der Armeebotschaft 2016 zu. Die Armee soll künftig 5 Milliarden Franken pro Jahr ausgeben dürfen. Einen vom Bundesrat beantragten tieferen Betrag wurde vom Parlament abgelehnt. Neben dem Rüstungsprogramm im Umfang von 1,34 Mrd. CHF wird auch das Immobilienprogramm des VBS mit einem Wert von 572 Mio. CHF gutgeheissen.

Nach dem Nationalrat stimmt auch der Ständerat dem Bundesgesetz über die gebrannten Wasser oppositionslos zu. Damit wird der Ethanolmarkt liberalisiert und die Alcosuisse der Eidgenössischen Alkoholverwaltung an Private verkauft. Die grosse Revision des Alkoholgesetzes von 1932 war wegen Differenzen der Räte noch gescheitert - in einem ersten Schritt wurden nun die nicht umstrittenen Elemente revidiert.

Gegen die Verfassung, gegen das Volk und gegen die SVP, deren Anträge allesamt abgelehnt wurden, so lautet kurz gefasst das Fazit der 7-stündigen Monsterdebatte im Nationalrat zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Die grosse Kammer schafft es mit dem Vorschlag des «Inländervorrang light» tatsächlich, keine einzige der Verfassungsbestimmungen umzusetzen. Vorgesehen sind lediglich drei Stufen von Massnahmen. Zunächst muss der Bundesrat dafür sorgen, dass das inländische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt wird. Überschreitet die Zuwanderung trotzdem einen bestimmten Schwellenwert, können Arbeitgeber verpflichtet werden, offene Stellen dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) zu melden. Eine Pflicht, Inländer anzustellen, gibt es aber nicht - es würde sich nur um einen zeitlichen Vorsprung handeln. Keine Steuerung der Zuwanderung, keine Kontingente, keine Höchstzahlen, keine Beschränkung des Aufenthaltsrechts, Familiennachzug oder Sozialleistungen - alles Punkte, welche in der Verfassung stehen - all dies fehlt in der Version des Nationalrates. Albert Rösti (SVP) stellt zum Schluss der Debatte treffend fest: «Wir haben nichts».

Der Ständerat bereinigt die letzte Differenz beim Krankenversicherungsgesetz - das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Ebenfalls nimmt er eine Motion an, welche die Franchisen, insbesondere die tiefste, der Krankenversicherung an die Teuerung anpassen will. Damit soll die Eigenverantwortung gestärkt werden. Der Nationalrat räumt die letzte Differenz zum Ständerat beim Verrechnungssteuergesetz aus. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmungen. Im Weiteren genehmigt er die Einführung des automatischen Informationsaustauschs zu Bankkonten mit acht weiteren Staaten und Territorien. Zudem stimmt er dem Steuerinformationsabkommen mit Brasilien zu. Die SVP-Fraktion wollte nicht auf die

Vorlage eintreten und stimmte als einzige Partei gegen das Abkommen. Oppositionslos wird hingegen ein Zollabkommen zwischen der Schweiz und Norwegen genehmigt.

In der dritten Sessionswoche beginnt der Nationalrat die Debatte zur Reform der Altersvorsorge und tritt auf die Vorlage ein.

Das Parlament verabschiedet die Rahmenkredite für die internationale Zusammenarbeit. Die Entwicklungshilfe soll strategisch mit der Migrationspolitik verknüpft werden - etwa mit Migrationspartnerschaften. Mit dem Rahmenkredit stehen der Schweizer Entwicklungshilfe in den nächsten vier Jahren 11,11 Mrd. CHF zur Verfügung.

Das Tragen von Burkas soll in der Schweiz verboten werden. Der Nationalrat stimmt knapp mit 88 zu 87 Stimmen bei 10 Enthaltungen einer parlamentarischen Initiative von Walter Wobmann (SVP) zu. Diese fordert ein Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum.

Der neue Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) ist bereit für die Schlussabstimmung. Der Nationalrat räumt die letzten Differenzen zu der Vorlage aus. Aus dem NAF werden Betrieb, Erhalt und Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, die Beseitigung von Engpässen sowie Projekte des Agglomerationsverkehrs finanziert. Die heute vorhandenen Mittel reichen dafür nicht aus. Darum werden auch neue Geldquellen für den NAF erschlossen. Der Benzinpreis wird erhöht, der Bund leistet einen höheren Beitrag, zudem wird auf Elektrofahrzeugen eine neue Abgabe erhoben. Insgesamt stehen so für den NAF pro Jahr rund 3 Milliarden Franken zur Verfügung.

Zudem bereinigt er auch die letzten Differenzen bei der erleichterten Einbürgerung von jungen Ausländern der dritten Generation. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Da neben dem Bürgerrechtsgesetz auch die Bundesverfassung geändert werden soll, haben jedoch Volk und Stände das letzte Wort.

Der Nationalrat schliesst die Reform zur Altersvorsorge ab. Die wichtigsten Entscheide der grossen Kammer lauten wie folgt:

Gleiches Rentenalter (65 Jahre) für Mann und Frau. Beiträge, die nach dem Referenzalter 65 geleistet werden, wirken sich auf die Rentenhöhe aus, sofern nicht bereits die Maximalrente erreicht ist. Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV in zwei Schritten um 0,6 Prozentpunkte (der Ständerat wollte 1 Prozent Erhöhung, der Bundesrat gar 1,5).

Damit die AHV auch in Zukunft gesichert ist, soll eine Stabilisierungsregel in der Verfassung verankert werden. Sinkt der Ausgleichsfonds unter 100 Prozent einer Jahresausgabe, hat der Bundesrat Korrekturmassnahmen vorzuschlagen. Fällt der Fonds-Stand trotz Massnahmen unter 80 Prozent, wird das Rentenalter in vier Schritten auf 67 Jahre erhöht, und die Mehrwertsteuer wird in zwei Schritten um 0,4 Prozent angehoben. Diese Regel wird in eine separate Vorlage ausgelagert. Ein weiterer Punkt beinhaltet die Senkung des Mindestumwandlungssatzes. Dieser wird in der zweiten Säule von 6,8 Prozent auf 6 Prozent gekürzt. Die Pensionskas-

senrenten sinken dadurch um 12 Prozent. Der Nationalrat will dabei anders als der Ständerat die Renteneinbussen nicht in der ersten, sondern innerhalb der zweiten Säule ausgleichen: Der Koordinationsabzug soll aufgehoben werden. Jüngere Arbeitnehmende zahlen höhere Beiträge ein, ältere tiefere. Änderungen wird es auch bei den Witwenrenten geben. Diese sollen nur noch jene Frauen bekommen, die minderjährige oder betreuungsbedürftige Kinder haben. Ebenso soll die Rente von 80 Prozent auf 60 Prozent einer Altersrente gesenkt. Kinderrenten für Eltern im Pensionsalter werden gestrichen. Renten für Pflegekinder werden nicht ins Ausland ausgezahlt.

Erhöht wird auch der Bundesbeitrag an die AHV und zwar um 270 Mio. CHF mehr als heute. Abgelehnt wurde hingegen der vom Ständerat beschlossene monatliche Zuschlag von 70 CHF auf neue AHV-Einzelrenten ebenso die Anhebung der Ehepaar-Renten von heute 150 auf 155 Prozent. Die Vorlage geht damit mit mehreren Differenzen an den Ständerat zurück.

Der Nationalrat nimmt auch eine Motion an, welche vom Bund verlangt, dass er für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene während zehn Jahren die vollen Kosten übernimmt. Bislang zahlte der Bund nur während 5 bzw. 7 Jahren für diese Gruppen, danach fiel die Belastung bei den Kantonen und Gemeinden an.

Zudem wird die Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes bereinigt. Der Antrag der Einigungskonferenz wird von beiden Räten oppositionslos gutgeheissen. Hauptziel der Vorlage ist es, Wettbewerbsnachteile für Schweizer Unternehmen bei der Mehrwertsteuer auszuräumen. Massgeblich für die Steuerpflicht soll künftig der gesamte, weltweit erzielte Umsatz sein, nicht nur der in der Schweiz erwirtschaftete. Neu steuerpflichtig würden laut Botschaft um die 30'000 Unternehmen.

Mit den Schlussabstimmungen zu 21 Vorlagen schliesst das Parlament die Herbstsession 2016 ab. Im Sinne der SVP sind die Beratungen u.a. über den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF), die Revision des Mehrwertsteuergesetzes, wie auch die Teilrevision des Bundesgesetzes über die gebrannten Wasser, sowie die Beratungen über eine Änderung bei der Verrechnungssteuer verlaufen. Ebenfalls angenommen, aber gegen den Willen der SVP, wurden insbesondere das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050, die erleichterte Einbürgerung für Ausländer der dritten Generation, das Entsendegesetz, sowie die Weiterführung der internationalen Zusammenarbeit.



Eidg. Volksabstimmungen vom 25. September 2016

Eidg. Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»

Mit grosser Befriedigung nimmt die SVP das klare Verdikt gegen die utopische und

extreme Initiative «Grüne Wirtschaft» zur Kenntnis. Sie wollte den Ressourcenverbrauch bis 2050 um zwei Drittel reduzieren. Dies wäre nur über eine enorme Bevormundung, neue Vorschriften und massive Preiserhöhungen beim Autofahren, Heizen, Duschen, Waschen, Kochen, Fliegen, Fernsehschauen etc. möglich gewesen. Aber schon nächste Woche wird der Nationalrat mit dem Energiegesetz (sog. Energiestrategie 2050) in die gleiche Richtung gehen. Massiver Staatsinterventionismus verbunden mit vielen Vorschriften und Regulierungen. Bezahlen werden einmal mehr die vielen KMU und die Bürgerinnen und Bürger, die Familien unseres Landes.

Eidg. Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»

Die SVP freut sich über die Ablehnung der Gewerkschaftsinitiative AHVplus. Einmal mehr zeigt sich, dass sich die Schweizer Bevölkerung der Verantwortung rund um das Solidaritätswerk AHV bewusst ist. Ohne Massnahmen fehlen bis ins Jahr 2030 jährlich rund 7.5 Milliarden Franken im AHV-Topf. 1948 wurde ein Rentner noch durch 6.5 Erwerbstätige finanziert, 2007 waren es nur noch 3.7 und 2035 werden es nur noch 2.1 Erwerbstätige sein. Für die SVP-Fraktion steht in der Behandlung der Altersreform 2020 anfangs Oktober die Angleichung des Rentenalters von Männern und Frauen auf 65 Jahre im Vordergrund. Sie lehnt jede Erhöhung der AHV-Rente im Giesskannenprinzip ab. Die SVP-Fraktion unterstützt auch den Antrag, wonach der Bundesbeitrag an die AHV von derzeit 19.55% auf 20% erhöht wird. Sie befürwortet ebenfalls einen Interventionsmechanismus, eine Art Schuldenbremse für die AHV. Nach heutigen Berechnungen käme ein solcher Mechanismus frühestens im Jahr 2035 zur Anwendung. Ebenfalls unterstützt die Fraktion die Senkung des Mindestumwandlungssatzes von 6.8% auf 6% in der Pensionskasse. Klar lehnt die SVP hingegen die Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer von +0.6% bzw. +0.4% beim Interventionsmechanismus ab.

Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (NDG)

Das klare JA zum Nachrichtendienstgesetz zeugt davon, dass die Sicherheit angesichts der veränderten internationalen Lage und der grossen Migrationsströme für die Bevölkerung von grosser Bedeutung ist. Der Nachrichtendienst hat seine neuen Aufgaben zur präventiven Bekämpfung von Terrorismus, Spionage, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägertechnologie sowie Cyberangriffe auf kritische Informationsinfrastrukturen nun in Angriff zu nehmen, sowie der Bundesrat die im Gesetz vorgesehenen Kontrollen konsequent sicherzustellen. Die SVP fordert jedoch einmal mehr, dass die Prävention angesichts der massiven Armutsmigrationsströme aus dem Süden vor allem auch im Rahmen der Durchsetzung von konsequenten und systematischen Grenzkontrollen, wo notwendig mit Unterstützung der Armee, verstärkt wird.

25. September: Kantonsratswahlen Kt. Schaffhausen

Im Kanton Schaffhausen wird am 25. September das Kantonsparlament neu gewählt. Die SVP schneidet sehr erfolgreich ab, gewinnt einen zusätzlichen Sitz und kommt nun auf 17 von 60 Sitzen. Sie bleibt damit nach wie vor die stärkste Kraft im Kanton. Im November wird auch der Regierungsrat neu gewählt.

Überparteiliches Komitee ergreift Referendum gegen das Energiegesetz



Der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz beschliesst, dank Unterstützung gewisser Verbände und Unternehmen, das Referendum gegen das ruinöse Energiegesetz zu ergreifen. Mit Kosten von über 200 Milliarden Franken greift dieses verantwortungslose Gesetzespaket massiv in alle Lebensbereiche eines jeden Einzelnen von uns ein und bürdet insbesondere auch den nachfolgenden Generationen immense Lasten auf. Es ist zwingend notwendig, dass die Bürger, Mieter, Hausbesitzer, Autofahrer und Gewerbler zu einer derartigen Erhöhung ihrer Lebenshaltungs- und Unterhaltskosten an der Urne Stellung nehmen können.

Abgabe	zusätzliche Kosten	Verbrauch/Jahr	Fr.
Strom	+ 3 Rp. / kWh KEV ¹	5000 kWh	Fr. 150.-
Heizöl	+ 67 Rp. / Liter ²	3000 Liter	Fr. 2'010.-
Benzin	+ 26 Rp. / Liter	20'000 km ³	Fr. 416.-
Konsum	Preiserhöhungen Produkte ⁴		Fr. 650.-
Minimale Mehrkosten/Jahr/4-köpfiger Familie			Fr. 3'200.--

Vorinformation: Das überparteiliche Referendumskomitee gegen das ruinöse Energiegesetz wird am 19. Januar 2017 in Bern 63'182 beglaubigte Unterschriften übergeben. Damit wird das Referendum zustande kommen und die Schweizer Bevölkerung kann am 21. Mai 2017 über das ruinöse Energiegesetz abstimmen.

23. Oktober: Kantonale Wahlen

Kanton Aargau

Im Kanton Aargau finden Grossrats- und Regierungsratswahlen statt.

Der SVP gelingt es ihre 45 Sitze von insgesamt 140 Sitzen im Kantonsparlament zu verteidigen und sie stellt nach wie vor mit Abstand die grösste Fraktion. Bei den Regierungsratswahlen wird der bisherige SVP-Regierungsrat Alex Hürzeler komfortabel wiedergewählt. Im zweiten Wahlgang gelingt der SVP sogar eine Sensation: Zum ersten Mal kann sie mit Franziska Roth einen zweiten Sitz in der Kantonsexekutive erobern.

Kanton Basel-Stadt

Sowohl beim ersten als auch beim zweiten Wahlgang der Regierungsratswahlen bleibt die SVP mit ihrem Kandidaten Lorenz Nägelin chancenlos. Im Kantonsparlament kommt die SVP auf 15 von insgesamt 100 Sitzen. Die SVP kann ihren Wähleranteil im Vergleich zu 2012 um 0.7% erhöhen, was jedoch im Vergleich zur Vorperiode nicht für einen zusätzlichen Sitz reicht.

Medienkonferenz vom 27. Oktober: Masseneinwanderung endlich stoppen

Am 9. Februar 2014 haben sich Volk und Stände mit der Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" für eine eigenständige Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung ausgesprochen.



V. l. n. r.: Alt Bundesrat Christoph Blocher, Nationalrat und Fraktionschef Adrian Amstutz und Ständerat Peter Föhn an der Pressekonferenz.

Wie das zu tun ist, schreibt die Verfassung (Art. 121a BV) im Detail vor: insbesondere durch jährlich festgelegte Kontingente und Höchstzahlen, einen Inländervorrang bei der Rekrutierung von Arbeitskräften sowie die Beschränkung des Zugangs zu den Sozialwerken und des Familiennachzugs. Wie die Erfahrung gezeigt hat, senkt dieses Konzept die Masseinwanderung massiv und die Unternehmen erhalten trotzdem jene Arbeitskräfte, die sie im Inland nicht finden. Der Nationalrat hat das vorgeschriebene Konzept in keiner Weise umgesetzt. Anlässlich der Pressekonferenz der SVP hat Ständerat Peter Föhn erläutert, wie er sich auf dieser Basis in der zuständigen ständerätlichen Kommission erneut für eine verfassungstreue Umsetzung einsetzen wird.

Der Nationalrat hat nun aber genau das Gegenteil des Verfassungsauftrages beschlossen, indem er die eigenständige Steuerung der Zuwanderung nicht fest schreibt und die Personenfreizügigkeit zementiert. Der sogenannte "Inländervorrang light" hat nichts mit einem Vorrang inländischer Arbeitskräfte zu tun, sondern ist lediglich eine eingeschränkte Meldepflicht für offene Stellen.

Im Ständerat wird nun Ständerat Peter Föhn das verfassungsmässig vorgesehene Konzept mit jährlich festgelegten Höchstzahlen und Kontingenten, einem Inländer-vorrang bei der Rekrutierung von Arbeitskräften sowie der Beschränkung des Zu-gangs zu den Sozialwerken und des Familiennachzugs einreichen. Dem Ständerat bietet sich damit die Gelegenheit für eine verfassungskonforme Umsetzung der Volksinitiative "gegen Masseneinwanderung". Leider bleibt er damit chancenlos und auch der Ständerat tritt den Volkswillen mit Füssen.

Delegiertenversammlung vom 29. Oktober 2016 in Balsthal (SO) «Für eine kostengünstige, sichere und genügende Energieversorgung der Schweiz»

Die Delegierten der SVP Schweiz treffen sich am 29. Oktober in Balsthal. Sie beschliessen die NEIN-Parole zur extremen Atomausstiegsinitiative der Grünen, die am 27. November 2016 zur Abstimmung kommt. Nationalrat Michaël Buffat aus dem Waadtland zeigt klar auf, warum ein sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie zu Kosten in Milliardenhöhe führt, die Versorgungssicherheit gefährdet und die Aus-landabhängigkeit massiv erhöhen würde. Zudem erläutert Nationalrat Hansjörg Knecht die Gründe für die Ergreifung des Referendums gegen das ruinöse Energie-gesetz.



Delegierte an der Delegiertenversammlung in Balsthal (SO)

Im Februar 2017 wird über die Unternehmenssteuerreform III abgestimmt, weil die Linken das Referendum ergriffen haben. Finanzminister Ueli Maurer zeigt die Her-ausforderungen und Chancen des Unternehmens-Steuerstandorts Schweiz im inter-nationalen Kontext auf. Nationalrätin und Unternehmerin Magdalena Martullo be-tont, dass es bei der Unternehmenssteuerreform um die Sicherung von Steuerein-nahmen und den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz geht. Schliesslich unter-stützen die Delegierten die Unternehmenssteuerreform III klar.

NOVEMBER

Medienkonferenz vom 1. November: Stopp dem übermässigen Staatswachstum



V. l. n. r.: NR Thomas Aeschi, NR Magdalena Martullo, Parteipräsident und NR Albert Rösti, NR Franz Grüter und NR Jean-Pierre Grin

Die SVP legt anlässlich einer Medienkonferenz ihre Sicht auf die aktuelle Situation der Bundesfinanzpolitik dar und zeigt Massnahmen auf, wie das aus dem Ruder gelaufene Staatswachstum gebremst werden kann. Zudem hat die SVP ihre Grundsätze einer langfristig ausgerichteten Finanzpolitik in einem neuen Positionspapier zusammengefasst.

In einer gesunden Volkswirtschaft muss die Wirtschaft gedeihen und nicht der Staat. Damit können Arbeitsplätze und Wohlstand erhalten werden. Das Staatswachstum übertraf das Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren in der Schweiz gleich mehrfach. Die SVP verlangt deshalb seit Jahren eine konsequente Aufgabenüberprüfung mit anschliessender Verzichtsplanung und damit eine Verkleinerung der Bundesverwaltung sowie eine Senkung bzw. ein weniger starkes Wachstum der Bundesausgaben. Angesichts von prognostizierten Defiziten von 1,4 – 2 Milliarden Franken ab 2018 gilt es, diesen Forderungen nun endlich Taten folgen zu lassen.

Wir dürfen uns von der aktuellen finanziellen Situation auch im Hinblick auf die Staatsrechnung 2016 nicht blenden lassen. Das voraussichtliche Übertreffen des Budgets um mehr als 2 Milliarden hat einzig mit der heutigen Zinssituation zu tun. Unternehmen bezahlen ihre Steuern weit im Voraus, da sie so den Negativzinsen entfliehen können und gar noch Zinsen bekommen. Das Budget 2017 verzeichnet ein Defizit von 619 Millionen Franken. Doch anstatt angesichts dieser tiefroten Zahlen die Ausgaben zurückzufahren und haushälterisch mit den vorhandenen Mitteln umzugehen, werden die Bundesausgaben im Schnitt nochmals um 2,7 Prozent auf

69 Milliarden Franken erhöht. Verwaltung, Bundesrat und Parlament geizen nicht mit neuen Gesetzen und einer lockeren Ausgabenpolitik. Von allen Parteien ist die SVP inzwischen die einzige, die um ein ausgeglichenes Budget bemüht ist. So ist es nicht verwunderlich, dass ab 2018 tiefrote Haushaltszahlen von 1,4 – 1,9 Milliarden Franken resultieren. Angesichts dieser Aussichten, aufgrund deren sogar erstmals seit 10 Jahren der Schuldenabbau gefährdet wird, sind Sparmassnahmen und Aufgabenverzichtspläne, wie sie die SVP schon seit Jahren verlangt, endlich umzusetzen.

Forderungen der SVP:

1. Eine Aufgabenüberprüfung mit anschliessender Aufgabenverzichtspläne ist vom Bundesrat unverzüglich an die Hand zu nehmen.
2. Der Bund darf nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Steuererhöhungen werden konsequent bekämpft.
3. Ein Bundesbudget 2017 ohne Defizit.
4. Die Fiskalquote der Schweiz, inkl. aller Steuern und Abgaben, muss längerfristig auf unter 30% (= Stand 1990) gesenkt werden.
5. Verzicht auf unnötige Vorlagen, welche neue Bürokratie und Kosten verursachen bzw. Sistierung von sich bereits in der Beratung befindenden Geschäften (FIDLEG/FINIG, E-Vignette, Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung usw.).
6. Sparmassnahmen in den Bereichen, die in der Vergangenheit am stärksten wuchsen.
7. Sparmassnahmen im Wasserkopf der Bundesverwaltung und nicht an der Front und bei der Sicherheit. Entsprechend eine Stabilisierung des Personalbestands, die Senkung der Bundespersonalausgaben auf 4,4 Milliarden Franken sowie eine Reduktion der externen Beratungsdienstleistungen beim Bund auf max. den Stand im Jahr 2009 (= 470 Mio. Franken) sowie die Anpassung des Bundespersonalrechts an das Obligationenrecht.
8. Mehr Handlungsfreiheit für das Parlament bei den Finanzen, deshalb müssen die gebundenen Ausgaben auf unter 50 Prozent reduziert werden.
9. Keinen Leistungsausbau bei den Sozialversicherungen, solange deren strukturellen Probleme nicht gelöst sind.
10. Eine wirkungsvolle Schuldenbremse, deren disziplinierende Wirkung weder aufgeweicht noch durch buchhalterische Tricks umgangen wird.
11. Strukturelle Überschüsse sind für den Schuldenabbau einzusetzen.
12. Die Schaffung der notwendigen Allianzen mit CVP und FDP zur Umsetzung einer bürgerlichen Finanzpolitik.

6. November Kantonale Wahlen:

Regierungsratswahlen Kt. Schaffhausen:

Im Kt. Schaffhausen finden am 6. November die Regierungsratswahlen statt. Die beiden bisherigen SVP-Regierungsräte Ernst Landolt und Rosmarie Widmer Gysel werden mit Glanzresultaten wiedergewählt. Die SVP verfügt nach wie vor über 2 der 6 Regierungsratssitze.

Gesamterneuerungswahlen im Kt. Freiburg

Im Kanton Freiburg wird sowohl der Grossrat als auch der Staatsrat gewählt. Die drei bisherigen SVP-Staatsräte werden komfortabel wiedergewählt und die SVP kann sogar einen vierten Sitz hinzugewinnen. Im Grossrat erhält die SVP erneut 21 Sitze von insgesamt 110, nachdem in der abgelaufenen Legislatur ein Grossrat, der für die SVP gewählt wurde, zur FDP gewechselt hatte und die Sitzzahl der SVP somit auf 20 gesunken war.



Eidg. Volksabstimmungen vom 27. November

Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atom-ausstiegsinitiative)»

Die SVP nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an diesem Tag für eine kostengünstige, ausreichende und sichere Energieversorgung sowie gegen ein undurchdachtes und überhastetes Technologieverbot ausgesprochen haben. Die SVP konzentriert sich nun auf das Referendum gegen das ruinöse Energiegesetz. Die Argumente mit welchen die Ausstiegsinitiative bekämpft wurde, treffen noch viel mehr auf das Energiegesetz zu.



Wintersession 2015 (30. November – 18. Dezember)

In der ersten Sessionswoche wird Jürg Stahl (SVP) zum höchsten Schweizer gewählt. Der Nationalrat wählt ihn zu Beginn der Wintersession mit 157 von 172 gültigen Stimmen zu seinem Präsidenten.

Im Weiteren nimmt die grosse Kammer die Beratungen zum Stabilisierungsprogramm auf, welches Sparmassnahmen für die Jahre 2017-2019 vorsieht. In der Eintretensdebatte stellen sich nur SP und Grüne gegen das Paket. Wichtig zu bemerken ist, dass es sich beim Programm nicht um echte Sparmassnahmen handelt, sondern bloss um eine Reduktion des Ausgabenwachstums.

Ivo Bischofberger (CVP) ist neuer Ständeratspräsident. Der Ständerat wählt ihn zu Beginn der Wintersession mit 43 von 43 gültigen Stimmen.

Wie bereits der Nationalrat in der Herbstsession, ignoriert auch der Ständerat bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative den vom Volk angenommenen Verfassungsartikel. Anstelle von Kontingenten und Höchstzahlen beschliesst der

Ständerat eine «Vorzugsbehandlung für inländische Arbeitslose». Dies bedeutet, dass Stellensuchende während einer bestimmten Frist exklusiven Zugang zu den Inseraten haben sollen, die den Arbeitsämtern gemeldet werden. Unternehmen können unter hohen Strafdrohungen verpflichtet werden, geeignete Stellensuchende zum Bewerbungsgespräch einzuladen. Ablehnungen sind zu begründen.

Dieser Beschluss ist damit sogar noch schlimmer als die Version des Nationalrates und führt in der Praxis zu zusätzlichem massiven bürokratischen Mehraufwand ohne die in der Verfassung stehenden Punkte wie Kontingente und Höchstzahlen auch nur ansatzweise zu erfüllen.

In der zweiten Sessionswoche nähern sich die beiden Kammern bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative an. Der Nationalrat übernimmt bei der Differenzbereinigung in den Grundzügen das Konzept des Ständerats. Um den Aufwand für Firmen in Grenzen zu halten, streicht er die umstrittene Begründungspflicht jedoch aus der Vorlage. Es bleibt zudem den Unternehmen überlassen, wen sie zum Bewerbungsgespräch einladen. Trotz dieser Anpassungen bleibt der Verfassungsartikel auch weiterhin in keinem Punkt erfüllt.

Nach dem Ständerat stimmt auch der Nationalrat der Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur zu. Damit werden von 2017 bis 2020 rund 13,2 Milliarden Franken in die Bahninfrastruktur fliessen - fast 2,4 Milliarden Franken mehr als in der laufenden Periode, um den Erhalt der immer mehr belasteten Infrastruktur zu decken. Einzig die SVP brachte Kritik an der massiven Erhöhung an, hatte jedoch keine Chance.

Der Ständerat nimmt mit Stichentscheid des Ratspräsidenten eine Motion von Natalie Rickli (SVP) an, welche den gewerbsmässigen Handel mit Nacktaufnahmen von Kindern und sogenannten Posing-Bildern unter Strafe stellen will. Der Bundesrat muss nun eine Strafnorm ausarbeiten.

Gegen den Willen der Mehrheit der SVP – wird zudem der Bundesbeschluss zur Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands angenommen. Damit beteiligt sich die Schweiz auch künftig an der Agentur, die für den Betrieb der Informationssysteme von Schengen und Dublin zuständig ist.

Der Nationalrat stimmt im zweiten Anlauf dem Voranschlag 2017 zu. Im Gegensatz zum ersten Mal lehnt die SVP nicht mehr ab, sondern enthält sich der Stimme und macht damit den Weg frei für die Beratung des Geschäftes. Der Voranschlag geht nun wieder zurück an den Ständerat.

Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gibt es weiterhin Differenzen zwischen National- und Ständerat. Im Zentrum steht die Frage, wie hoch die Arbeitslosigkeit sein muss, damit Massnahmen zugunsten Arbeitsloser ergriffen werden können. Auch die Pflichten für Arbeitgeber sind noch umstritten. Geeinigt haben sich die Räte jedoch darauf, dass nicht nur inländische Arbeitslose in den Genuss einer Vorzugsbehandlung kommen sollen, sondern auch stellensuchende EU-Bürger

und Grenzgänger. Mit diesem „Konstrukt“ wird der Inländervorrang in der Verfassung komplett ad absurdum geführt, da nun bis zur EU-Aussengrenze jeder als Inländer gilt.

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt Doris Leuthard (CVP) turnusgemäss mit 188 von 207 gültigen Stimmen zur Bundespräsidentin für das kommende Jahr. Mit 187 von 206 gültigen Stimmen wird Alain Berset (SP) zum Vizepräsidenten bestimmt.

Mit klarem Resultat werden zudem weitere Vorstösse und Anpassungen im Gesundheitsbereich angenommen. So sollen beim Krankenversicherungsgesetz die Patienten sich künftig stärker als bisher an den Kosten beteiligen. Insbesondere die tiefste Franchise von 300 Franken soll dabei regelmässig je nach Kostenentwicklung nach oben angepasst werden können. Der Nationalrat heisst eine entsprechende Motion gut. Denkbar knapp lehnt die kleine Kammer eine Kommissionsmotion ab, welche die Grenzwerte für Mobilfunkantennen an das EU-Niveau anpassen wollte. Damit wird auch in Zukunft die Schweiz 10mal schärfere Grenzwerte als das europäische Umfeld haben und der Ausbau des Mobilnetzes verzögert.

In der dritten Sessionswoche räumt der Nationalrat die letzten Differenzen zur „Umsetzung“ der Masseneinwanderungsinitiative aus. Beim RAV angemeldete Stellensuchende – dazu können auch im Ausland wohnhafte EU-Bürger gehören – erhalten eine Vorzugsbehandlung. Sie haben zuerst Zugriff auf Stelleninserate, zudem müssen sie unter Umständen von den Firmen zum Bewerbungsgespräch eingeladen werden. Mit diesem unsäglichen Trauerspiel in mehreren Akten hat es das Parlament doch tatsächlich geschafft, keinen einzigen Punkt der vom Volk angenommenen Initiative umzusetzen.

Oppositionslos wird zudem ein Abkommen mit Brasilien zum Austausch von Steuerinformationen gutgeheissen. Steuerinformationsabkommen regeln den Informationsaustausch auf Anfrage, wenn dieser nicht in einem Doppelbesteuerungsabkommen geregelt werden kann. Ebenfalls ohne Gegenstimme nimmt er die Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit Island, Norwegen, Guernsey, Jersey, der Insel Man, Japan, Kanada und der Republik Korea an. Abschliessend wird einstimmig ein Zollabkommen mit Norwegen genehmigt, das den reibungslosen Warenaustausch zwischen den beiden Ländern gewährleistet.

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den bisherigen Vizepräsidenten Ulrich Meyer (SP) als neuen Präsident des Bundesgerichts sowie als neue Vizepräsidentin Martha Niquille (CVP). Als neuer Präsident des Militärkassationsgerichts wird zudem Paul Tschümperlin (CVP) sowie Rolf Grädel (SVP), als neues Mitglied der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft gewählt.

Im Weiteren werden mehrere Vorlagen angenommen. So sollen die Strafverfolgungsbehörden z.B. bei schweren Straftaten DNA-Informationen zur Augen-, Haar- und Hautfarbe des Täters auswerten dürfen. Zugestimmt wurde auch einer Gesetzesänderung über ungerechtfertigte Betreibungen, sowie einer Modernisierung des Zivilstandsregisters und des Grundbuchs. Im Unterschied zum Nationalrat will die

kleine Kammer beim Grundbuch die AHV-Nummer verwenden. Wegen Sicherheitsbedenken hatte der Nationalrat vom Bundesrat dazu neue Vorschläge verlangt.

Abgelehnt werden dagegen mehrere andere Vorstösse. So soll es keine Strafnorm gegen Sexting, keine Steueramnestie mit Ermässigungen bei den Nachsteuern sowie keine Aufstockung des Grenzwachtkorps um 100 zusätzliche Stellen geben. Ebenfalls keine Chance hat eine Standesinitiative, welche die Beiträge des Bundes an den Hochwasserschutz erhöhen will.

Der Nationalrat empfiehlt die Volksinitiative "Ja zum Schutz der Privatsphäre" zur Annahme - und stellt ihr gleichzeitig einen eigenen Vorschlag gegenüber. Der Entscheid fällt am Donnerstag mit 80 zu 60 Stimmen bei 55 Enthaltungen. Auch mit dem Gegenvorschlag soll das Bankgeheimnis in der Verfassung verankert werden.

Beim Voranschlag 2017 setzt sich die härtere Linie des Nationalrates durch. Mit der Ablehnung des Antrags der Einigungskonferenz ist damit bei den verbliebenen sieben Differenzen jeweils die Position jener Kammer massgebend, welche den kleineren Betrag budgetiert hatte. Unter anderem sollen bei der Bundesverwaltung im nächsten Jahr 128 Millionen Franken gespart werden. Im selben Bereich sind sich die Räte im Rahmen des Finanzplanes 2018-2021 (Voranschlag 2017) nicht einig geworden bezüglich der Aufstockung des Stellenetats für das Grenzwachtkorps. Der Ständerat lehnt es bis zum Schluss ab, das Grenzwachtkorps bis Mitte 2022 um 36 Vollzeitstellen aufzustocken. Damit ist die Sache vom Tisch.

Bei einem weiteren finanzpolitischen Geschäft der neuen Finanzordnung 2021 stimmt die grosse Kammer der Verlängerung der Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer bis ins Jahr 2035 zu. Die beiden Einnahmequellen machen mehr als 60 Prozent der gesamten Bundeseinnahmen aus und belaufen sich auf über 42 Milliarden Franken pro Jahr.

Mehrere Vorstösse aus dem Nationalrat werden abgelehnt: So der Auftrag an den Bundesrat, Verhandlungen mit Eritrea aufzunehmen, die Forderung zur Schaffung einer von der UNO kontrollierten Zone an der libyschen Küste, der Verzicht auf die Ratifikation der Europäischen Sozialcharta sowie den Stopp des Engagements von PostAuto in Frankreich.

Mit den Schlussabstimmungen zu 13 Vorlagen schliesst das Parlament die Winter-session 2016 ab. Im Sinne der SVP wurden dabei u.a. die Revision der Quellenbesteuerung, das Bundesgesetz über die Berufsbildung, wie auch eine Verbesserung bei der Publikation von Erwachsenenschutzmassnahmen angenommen. Ebenfalls angenommen, aber gegen den Willen der SVP, wurden insbesondere das Ausländergesetz, die „Nichtumsetzung“ der Masseneinwanderungsinitiative, der automatische Informationsaustausch mit Brasilien, sowie zwei Vorlagen zur Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands über die Errichtung von IT-Grosssystemen und Schaffung eines Fonds für innere Sicherheit.

Medienmitteilung vom 1. Dezember:**«Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen»**

So lautet der Eid, welchen die Mitglieder unseres Parlamentes leisten. Eine Mehrheit von Volk und Ständen hat 2014 der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» zugestimmt und damit eine eigenständige Steuerung sowie eine Senkung der Zuwanderung mit jährlichen Kontingenten und Höchstzahlen in die Verfassung geschrieben. Nachdem sich bereits der Nationalrat mehrheitlich geweigert hat, diesen Volks- und Verfassungsauftrag umzusetzen, hat nun auch der Ständerat definitiv denselben Nichtumsetzungs-Weg eingeschlagen. Damit bricht eine Mehrheit beider Parlamentskammern nun offen den von Volk und Ständen beschlossenen Verfassungsauftrag und tritt damit die direkte Demokratie der Schweiz mit Füssen.

Die SVP wird unbeirrt auch in der Fortsetzung dieser Debatte auf der Seite des Souveräns, der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, sowie unserer direkten Demokratie stehen und sich für eine verfassungskonforme Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative einsetzen. Sie fordert sämtliche Parlamentarier auf, sich in diesem Sinne an ihren geleisteten Eid zu erinnern: «Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen».

Medienmitteilung vom 16. Dezember:**Weiterer Verfassungsbruch der Bundesratsmehrheit**

Nachdem die FDP mit der SP zusammen am 16. Dezember im Nationalrat bei der Verabschiedung des klar verfassungswidrigen Umsetzungsgesetzes zur Masseneinwanderungsinitiative bereits vor der EU eingeknickt ist, legt auch eine Mehrheit des Bundesrates nun alle Zurückhaltung ab und zeigt dem Volk einmal mehr ihr wahres Gesicht. So hat eine Mehrheit der Landesregierung am 16. Dezember beschlossen, das Kroatien-Protokoll zu ratifizieren, obwohl dies klar gegen Art. 121a der Bundesverfassung sowie die Vorgabe des Parlamentes verstösst.

Medienmitteilung vom 16. Dezember:**Bundesratsmehrheit will Volk endgültig entmachten**

Eine Bundesratsmehrheit hat beschlossen, der RASA-Initiative zwei Gegenvorschläge gegenüberzustellen. Damit wird klar:

1. Nach dem Parlament hat nun auch der Bundesrat beschlossen, den von Volk und Ständen angenommenen Verfassungsartikel über die Begrenzung der Massenzuwanderung nicht umzusetzen.
2. Mit dem Gegenvorschlag zur RASA-Initiative soll gemäss Bundesrat das EU-Recht über das Schweizer Recht gestellt werden, was gegen die Souveränität der Schweiz verstösst und die unkontrollierte Massenzuwanderung von netto über 750'000 Personen in den letzten 10 Jahren nicht begrenzt.

3. Die SVP ist nicht bereit, dieses Vorgehen zu akzeptieren und wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dagegen wehren, damit die Schweiz eigenständig bleibt, der Volkswille beachtet und die unkontrollierte Massenzuwanderung eingeschränkt wird.

3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 250 Fragen für die Fragestunde, 136 Interpellationen, 89 Motionen, 33 Parlamentarische Initiativen, 24 Anfragen und 16 Postulate eingereicht worden.

Die SVP-Fraktion hat im Berichtsjahr 9 Motionen, 4 Interpellationen, 4 Parlamentarische Initiativen, 1 Anfrage und ein Postulat eingereicht.

Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, [Geschäftsdatenbank](#)) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

4. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2016 hat die SVP an **54 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (Neue Finanzhilfen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit)
- Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)
- Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen
- Botschaft zur Finanzierung des Betriebs und Substanzerhalts der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur für die Jahre 2017-2020
- Änderung der Waldverordnung im Rahmen der Ergänzung des Waldgesetzes
- Revision der Verordnungen im Strahlenschutz
- Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands
- Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2018-2021
- Änderung der Eigenmittelverordnung und der Bankenverordnung (Eigenmittelanforderungen Banken – Rekalibrierung TBTF und Kategorisierung)
- Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG)
- Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GLG)
- Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz
- Parlamentarische Initiative „Prämienbefreiung für Kinder / KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene“
- Teilrevision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EL-Reform)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV)
- Stabilisierungsprogramm 2017-2019
- Änderung der Verordnung über das Inverkehrbringen von Produkten nach ausländischen Vorschriften (VIPaV)
- Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen (Umsetzung Motion 14.3450 Luginbühl)
- Änderung des Fernmeldegesetzes
- Zwei Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum und Änderungen des Urheberrechtsgesetzes
- 12.470 Pa.Iv. Bessere Unterstützung für schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder, die zu Hause gepflegt werden
- Totalrevision der Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung (VORA)
- Revision des Währungshilfegesetzes
- Aktionsplan Suizidprävention
- Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2016
- Einführung des AIA mit Guernsey, Jersey, der Insel Man, Island und Norwegen
- Änderung der Energieverordnung (EnV): Neufestlegung des Zuschlags gemäss Art. 15b des Energiegesetzes (EnG)

- Änderung der Verordnung des EDI über die Festsetzung des Beitrages für die allgemeine Krankheitsverhütung
- Änderung des Zivilgesetzbuchs (Erbrecht)
- Abschliessende Inkraftsetzung der Änderungen des Medizinalberufegesetz (MedBG) und der damit verbundenen Verordnungsanpassungen
- Teilrevision der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) sowie der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV)
- Ausführungsrecht zum Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier
- Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung
- Nationale Strategie zu Impfungen (NSI)
- Einführung eines Verpflichtungskredits zur Abgeltung von Leistungen im Regionalen Personenverkehr für die Jahre 2018 – 2021
- Bundesgesetz über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne
- Revision der Steueramtshilfeverordnung
- Änderung der Energieverordnung (EnV) und der Stromversorgungsverordnung (StromVV)
- Totalrevision der Verordnung zum Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz und Verordnung des WBF über die Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge für Hochschulbauten (Hochschulbautenverordnung)
- Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre». Direkter Gegenentwurf
- Bundesgesetz über die Stempelabgaben (Umsetzung der Motion 13.4253, Abate)
- Verordnung über die Einführung der Landesverweisung
- Änderungen der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften
- Anpassung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) Verfahrensnormen und Informationssysteme
- Verlängerung und Änderung der Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft
- Revision des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG)
- Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln
- Teilrevision der Kernenergieverordnung (KEV)
- Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege als direkter Gegenentwurf zur eidgenössischen Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)»
- Klimapolitik der Schweiz nach 2020
- Änderung des Jagdgesetzes
- Änderung der Verordnung über die Verrechnungssteuer (Konzernfinanzierung)
- Änderung des Obligationenrechts (Auftragsrecht)

Die einzelnen Vernehmlassungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Positionen>[Vernehmlassungen](#)) abrufbar.

5. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2015 hat die SVP folgende **Positionspapiere** veröffentlicht:

- Vielfalt statt Einfalt – Für eine freie und lebendige Medienlandschaft als Grundlage der direkten Demokratie (August 2016)
- Stopp dem übermässigen Staatsausgabenwachstum – Stopp der Bürokratie- und Regulierungsflut (November 2016)

Die Positionspapiere sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Positionen>[Positionspapiere](#)) abrufbar.

6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen

2016 haben SVP und die SVP International insgesamt 77 **Pressecommuniqués** veröffentlicht. Es ist mindestens einmal wöchentlich ein Editorial zu einem aktuellen Thema publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**“ und die französische Version „**Franc-parler**“ sind monatlich erschienen. Die Auflage hat Ende 2016 gegen **60'000 Exemplare in Deutsch** und **10'000 in Französisch** tendiert.

Im Jahr 2016 hat die SVP **7 Medienkonferenzen** durchgeführt:

14. Januar 2016	Einreichung Asylgesetz-Referendum: Nein zu Gratis-Anwälten und Enteignungen!
29. Januar 2016	Wer kriminelle Ausländer endlich ausschaffen will, sagt JA
4. April 2016	NEIN zur verantwortungslosen Willkommenskultur!
12. August 2016	Entmachtung der Stimmbürger stoppen
26. August 2016	Mehr Vielfalt und Freiheit in der Mediens Schweiz
27. Oktober 2016	Masseneinwanderung endlich stoppen
1. November 2016	Stopp dem übermässigen Staatswachstum

Details zu den einzelnen Medienkonferenzen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Aktuell> [Medienkonferenzen](#)) abrufbar.

7. Internet

Im November 2016 wurde die Website in italienischer Sprache aufgeschaltet (<http://it.udc.ch>).

Bis zum 31.12.2016 werden 599'292 Besuche auf www.svp.ch und 119'906 Besuche auf www.udc.ch (im Vorjahr: 591'439 für svp.ch und 137'557 für udc.ch) registriert. Das sind durchschnittlich pro Tag 1'642 Besuche auf www.svp.ch und 329 auf www.udc.ch (im Vorjahr: 1'620 für svp.ch und 376 für udc.ch).

2016 produziert die SVP 9 Internet-TV-Beiträge in deutscher Sprache und 2 in französischer Sprache. Die Internet-TV-Beiträge verzeichnen insgesamt 262'940 (324'397 Aufrufe im Vorjahr). Der [YouTube-Kanal](#) hat 1606 Abonnenten (+269 gegenüber Vorjahr).

Die SVP betreibt die Facebook-Seiten «[SVP Schweiz](#)», «[UDC Suisse](#)» und weitere spezifische Kampagnen-Seiten. Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2016 zählt die Seite «SVP Schweiz» 21'356 Unterstützer (Zuwachs um 5'158). Die französischsprachige Facebook-Seite «UDC Suisse» zählt 9'236 Unterstützer (Zuwachs um 3'335). An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 20'000 und 155'000 Personen erreicht und über den gesamten Zeitraum 482'234 Video-Aufrufe generiert (378'439 im Vorjahr). Auf der Seite UDC Suisse wurden 89'072 Video-Aufrufe generiert (91'166 im Vorjahr) und an einzelnen Spitzentagen zwischen 20'000 und 35'000 Personen erreicht.

II. PARTEIORGANE

1. Delegiertenversammlungen

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus **776** Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2016 haben 4 Delegiertenversammlungen stattgefunden:

Delegiertenversammlung in Wil (SG) vom 23. Januar 2016
„Endlich Sicherheit schaffen! JA zur Durchsetzungsinitiative“

Delegiertenversammlung in Langenthal (BE) vom 23. April 2016
„Noch attraktiver für Scheinasylanten?“

Delegiertenversammlung in Wettingen (AG) vom 20. August 2016
„NEIN zur Anbindung an die EU“

Delegiertenversammlung in Balsthal (SO) vom 29. Oktober 2016
„Für eine kostengünstige, sichere und genügende Energieversorgung der Schweiz“

Weitere Details zu den einzelnen Delegiertenversammlungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Aktuell>[Anlässe/DVs](#)) abrufbar.

2. Parteivorstand

Der Parteivorstand (PV) setzt sich aus 124 Mitgliedern zusammen.

Vertreter **von Amtes wegen** gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1. und 2.:

(Stand: 31.12.2016)

Von Amtes wegen: Mitglieder der Parteileitung	
Parteipräsident	Nationalrat Albert Rösti (BE)
Vizepräsidenten	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
	Regierungsrat Oskar Freysinger (VS)
Der Verantwortliche Strategie	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Der Verantwortliche Kommunikation	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Der Verantwortliche Finanzen	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH)
	Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Der Generalsekretär	Gabriel Lüchinger (BE)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Konrad Langhart (ZH)
	Nationalrat Werner Salzmann (BE)*
	Nationalrat Thomas Burgherr (AG)*
	Walter Gartmann (SG)*
	Franz Grüter (LU)*
	Nationalrat Jacques Nicolet (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	Benjamin Fischer (ZH)*
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)

Wahl durch den Parteivorstand:

Je ein Vertreter der französisssprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU)
	Nationalrat Marco Chiesa (TI)
	Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat Beat Arnold (UR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)
Der Verantwortliche Migrations- und Asylpolitik	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (ZH)
Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Franz Grüter (LU)*
Die Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)

Präsidenten Kantonalparteien	AG	Thomas Burgherr*
------------------------------	----	------------------

	AI	Ruedi Eberle
	AR	Anick Reto Volger
	BE	Nationalrat Werner Salzmann*
	BL	Oskar Kämpfer
	BS	Nationalrat Sebastian Frehner
	FR	Roland Mesot
	GE	Marc Fuhrmann
	GL	Kaspar Krieg
	GR	Nationalrat Heinz Brand
	JU	Romain Schaer
	LU	Nationalrat Franz Grüter*
	NE	Yvan Perrin
	NW	Christoph Keller
	OW	Monika Rüegger
	SG	Walter Gartmann*
	SH	Pantti Aellig
	SO	Silvio Jeker
	SZ	Roland Lutz
	TG	Ruedi Zbinden
	TI	Piero Marchesi
	UR	Pascal Blöchliger
	VD	Jacques Nicolet
	VS	Jérôme Demeules / Cyrille Fauchère (UVS)
	VS	Franz Ruppen (OVS)
	ZG	Nationalrat Thomas Aeschi*
	ZH	Konrad Langhart
	JSVP	Benjamin Fischer*
	International	Inge Schütz*

Vertreter **durch Wahl** gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2:
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

AG	NR Sylvia Flückiger
BE	a. NR Thomas Fuchs
GR	Reto Rauch

NE	Gérard Nicod
NW	Michèle Blöchliger
OW	Christoph von Rotz
TG	Jakob Stark
TI	Roberta Soldati
VD	Gérald Nicod
ZG	NR Thomas Aeschi
ZH	NR Christoph Mörgeli Roger Liebi a. NR Ueli Schlüer NR Hans Egloff

3. Parteileitung

Der Parteileitung (PL) setzt sich aus 27 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Die PL führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung von deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet die PL auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2016)

Von Amtes wegen:	
Parteipräsident	Nationalrat Albert Rösti (BE)
Vizepräsidenten	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
	Regierungsrat Oskar Freysinger (VS)
Der Verantwortliche Strategie	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Der Verantwortliche Kommunikation	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Der Verantwortliche Finanzen	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH)
	Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Der Generalsekretär	Gabriel Lüchinger (BE)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Konrad Langhart (ZH)
	Nationalrat Werner Salzmänn (BE)
	Nationalrat Thomas Burgherr (AG)
	Walter Gartmann (SG)
	Franz Grüter (LU)*
	Nationalrat Jacques Nicolet (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	Benjamin Fischer (ZH)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)
Wahl durch den Parteivorstand:	
Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU)
	Nationalrat Marco Chiesa (TI)
	Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat Beat Arnold (UR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)
Der Verantwortliche Migrations- und Asylpolitik	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (ZH)
Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Franz Grüter (LU)*
Die Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)

4. Parteileitungsausschuss

Die Parteileitungsausschuss setzt sich aus 8 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2016)

Funktion	Name
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Albert Rösti (BE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsident	Regierungsrat Oskar Freysinger (VS)
Vizepräsident	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
Verantwortlicher Strategie	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Verantwortlicher Kommunikation	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Verantwortlicher Finanzen	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Fraktionspräsident (v. A. w.)	Nationalrat Adrian Amstutz

5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2016)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Gabriel Lüchinger, Herzogenbuchsee (BE)
Stv. Generalsekretärin	Silvia Bär, Wiler (BE)
Fraktionssekretär	Kaspar Voellmy, Herrenschanzen (BE)
Verantwortliche Deutschweizer Kantone	Trudi Mösching, Uetendorf (BE)
Sekretär Romand	Edouard Hediger, Fribourg (FR)
Kommunikation	Kevin Crausaz, Estavayer-le-Lac (FR)
Kommunikation	Thomas Gemperle, Frauenfeld (TG)
Kommunikation & SVP International	Benjamin Schmid, Lyss (BE)
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Kaspar Voellmy, Herrenschanzen (BE)
	Roman Jäggi, Füllbach (SO)
	Pascal Nussbaum, Bern (BE)
	Raphael Ben Nescher, Niederbipp (BE)
	Urs Winkler, Hergiswil (NW)
Sekretariat/Fraktionsassistentin	Jeannette Saurer, Ringoldswil (BE)
Sekretariat/Personal/Innere Dienste	Susanne Rebora, Schlieren (BE)
Assistentin des Parteipräsidenten	Prisca Weber, Uetendorf (BE)

6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat:

- **Ueli Maurer**, Vorsteher EFD, Hinwil (ZH); gewählt am 14.12.2011; im Amt seit 1.1.2009
- **Guy Parmelin**, Vorsteher VBS, Bursins (VD); gewählt am 9.12.2015, neu im Amt

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei:

Mit 68 Nationalräten (65 SVP, 2 Lega, 1 MCG) und 6 Ständeräten (5 SVP, 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2016)

AG	Burgherr Thomas, Wiliberg Flückiger Sylvia, Schöftland Giezendanner Ulrich, Rothrist Glarner Andreas, Oberwil-Lieli Knecht Hansjörg, Leibstadt Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick Stamm Luzi, Baden
AR	Zuberbühler David, Herisau
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Amstutz Adrian, Sigriswil Bühler Manfred, Cortébert Geissbühler Andrea, Bärswil Hess Erich, Bern Pieren Nadja, Burgdorf Röst Albert, Uetendorf Salzmann Werner, Mülchi von Siebenthal Erich, Gstaad
BL	De Courten Thomas, Rünenberg Sollberger Sandra, Bubendorf
BS	Frehner Sebastian, Basel
FR	Page Pierre-André, Châtonnaye Rime Jean-François, Bulle
GE	Amaudruz Céline, Genf Nidegger Yves, Genf
GR	Brand Heinz, Klosters Martullo-Blocher Magdalena, Meilen
LU	Estermann Yvette, Kriens Grüter Franz, Eich Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Clottu Raymond, La Brévine
NW	Keller Peter, Hergiswil

SG	Brunner Toni, Ebnet-Kappel Büchel Roland, Oberriet Keller-Inhelder Barbara, Jona Müller Thomas, Rorschach Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Imark Christian, Fehren Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Dettling Marcel, Oberiberg Schwander Pirmin, Lachen
TG	Hausammann Markus, Langrickenbach Herzog Verena, Frauenfeld Walter Hansjörg, Wängi
TI	Chiesa Marco, Lugano (Ruvigliana)
UR	Arnold Beat, Schattdorf
VD	Buffat Michaël, Vuarrens Glauser Alice, Champvent Grin Jean-Pierre, Pomy Nicolet Jaques, Lignerolle
VS	Addor Jean-Luc, Savièse Ruppen Franz, Naters
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Egloff Hans, Aesch Heer Alfred, Zürich Köppel Roger, Küsnacht Matter Thomas, Zürich Rickli Natalie, Winterthur Rutz Gregor, Zürich Stahl Jürg, Brütten Steinemann Barbara, Watt Tuena Mauro, Zürich Vogt Hans-Ueli, Zürich Walliser Bruno, Volketswil Zanetti Claudio, Gossau

Lega dei Ticinesi:

TI	Pantani Roberta, Chiasso Quadri Lorenzo, Lugano
----	--

Mouvement Citoyens Genevois:

GE	Golay Roger, Grand-Lancy
----	--------------------------

Ständeräte (Stand: 31.12.2016)

GL	Hösli Werner, Haslen
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Föhn Peter, Muotathal Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Eberle Roland, Weinfelden

Parteilos:

SH

Minder Thomas, Neuhausen am Rheinfall

III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2016

Volksabstimmung vom 28. Februar	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stän- de Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“	Ja	Nein	Ja	Nein	49.2	50.8	15 3/2	5 3/2	abgelehnt
Volksinitiative „Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative“	Ja	Nein	Nein	Nein	41.1	58.9	3 3/2	17 3/2	abgelehnt
Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“	Nein	Nein	Nein	Ja	40.1	59.9	1 1/2	19 5/2	abgelehnt
Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (Sanierung Gotthard-Strassentunnel)	Ja	Ja	Ja	Nein	57.0	43.0	-	-	angenommen

Volksabstimmung vom 5. Juni	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stän- de Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Pro Service Public»	Nein	Nein	Nein	Nein	32.4	67.6	0	20 6/2	abgelehnt
Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»	Nein	Nein	Nein	Nein	23.1	76.9	0	20 6/2	abgelehnt
Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung (Milchkuh-Initiative)»	Ja	Nein	Nein	Nein	29.2	70.8	0	20 6/2	abgelehnt
Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes	Nein	Ja	Ja	Stimm- freigabe	62.4	31.6	-	-	angenommen
Änderung des Asylgesetzes	Nein	Ja	Ja	Ja	66.8	33.2	-	-	abgelehnt

Volksabstimmung vom 25. September	SVP	FDP	CVP	SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stän- de Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»	Nein	Nein	Nein	Ja	36.4	63.6	1	19 6/2	abgelehnt
Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»	Nein	Nein	Nein	Ja	40.6	59.4	5	15 6/2	abgelehnt
Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG)	Ja	Ja	Ja	Nein	65.5	34.5	-	-	angenommen

Volksabstimmung vom 27. November	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stän- de Ja	Stände Nein	Resultat
«Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)»	Nein	Nein	Nein	Ja	45.8	54.2	4 2/2	16 4/2	abgelehnt

IV. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2016

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2016	31.9 %	45	140
AI	jährlich	*	*	49
AR	2015 (alle 3 Jahre)	*	11	65
BE	2016	29.0 %	49	160
BL	2015	26.7 %	28	90
BS	2016	14.3 %	14	100
FR	2016	19.7 %	21	110
GE	2013	10.3 %	12	100
GL	2014	28.8 %	18	60
GR	2014 (alle 3 Jahre)	*	8	120
JU	2015	8.5 %	8	60
LU	2015	24.1 %	29	120
NE	2013	16.9 %	20	115
NW	2014	29.1 %	17	60
OW	2014	24.5 %	13	55
SH	2016	35.1 %	21	60
SO	2013	20.2 %	19	100
SG	2016	29.5 %	40	120
SZ	2016	33.1 %	33	100
TG	2016	32.6 %	44	130
TI	2015	-	3	90
UR	2016	24.1 %	15	64
VD	2012 (alle 5 Jahre)	17.1 %	27	150
VS	2013	17.2 %	12	130
ZG	2014	23.6 %	19	80
ZH	2015	30.0 %	52	180

*keine Angaben, da Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

V. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svpag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	svpai@gmx.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-baselland.ch	info@svp-baselland.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	info@svp-gl.ch
GR	www.svp-graubuenden.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-jura.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svpso.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.schwyzer-svp.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ticino.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svpuri.ch	sekretariat@svpuri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	bureau@udcval.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch